

# Stenographisches Protokoll

54. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 28. Juni 1984

## Tagesordnung

Zweite Lesung der 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle

### Inhalt

#### Personalien

Krankmeldungen (S. 4590)

#### Fragestunde (40.)

##### Familie, Jugend und Konsumentenschutz (S. 4590)

Dr. Maria Hosp (314/M); Ing. Hobl, Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Dipl.-Ing. Dr. Leitner (315/M); Mag. Ortner, Gabrielle Traxler, Dr. Marga Hubinek

Vetter (316/M); Mag. Ortner, Dr. Marga Hubinek

Adelheid Praher (322/M); Türtscher, Mag. Kabas, Dr. Rieder

Ella Zipser (323/M); Dr. Stummvoll, Probst, Adelheid Praher

Mag. Ortner (330/M); Dr. Rieder, Pischl, Probst

Dr. Marga Hubinek (317/M); Probst, Matzenauer, Bayr

#### Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 4604)

#### Ausschüsse

Zuweisungen (S. 4603)

#### Verhandlungen

Zweite Lesung der Regierungsvorlage (320 d. B.): Bundesgesetz, mit dem das IAKW-Finanzierungsgesetz geändert wird (3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle)

Berichterstatter: Mühlbacher (S. 4604)

#### Redner:

Steinbauer (S. 4605),  
Dr. Nowotny (S. 4609),  
Dkfm. DDr. König (S. 4614),  
Mag. Kabas (S. 4618) und  
Dr. Ettmayer (S. 4621)

Annahme (S. 4623)

## Eingebracht wurden

### Antrag der Abgeordneten

Dr. Graff und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Exekutionsordnung geändert wird (105/A)

### Anfragen der Abgeordneten

Dr. Ermacora, Praneckh und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend zollrechtliche Behandlung von Kraftfahrzeugen von Wochenendheimfahrern (843/J)

Dr. Ermacora, Praneckh und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend die Behandlung von Kraftfahrzeugen von Wochenendheimfahrern (844/J)

Dr. Paulitsch, Deutschmann, Dkfm. Gorton, Koppensteiner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Ausweitung der höheren technischen Bundeslehranstalt für Waffentechnik, Maschinen und Vorrichtungsbau (845/J)

Dr. Neisser, Dr. Paulitsch, Koppensteiner, Dkfm. Gorton, Deutschmann und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Nichteinhaltung der Zusage für die Einrichtung einer Studienrichtung für angewandte Informatik an der Universität Klagenfurt (846/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Ermacora, Dr. Maria Hosp, Pischl und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Einfuhr von Erzeugnissen der Brutalitäts- und Pornographieszene nach Österreich (847/J)

Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Dr. Ermacora, Dr. Maria Hosp, Pischl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Einfuhr von Erzeugnissen der Brutalitäts- und Pornographieszene nach Österreich (848/J)

Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Einführung eines Allergiepasses (849/J)

Brennsteiner und Genossen an den Bundesminister für Verkehr betreffend Krimmlerbahn (850/J)

## Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Arnold Grabner und Genossen (705/AB zu 718/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stippel und Genossen (706/AB zu 722/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

**Vorsitzende:** Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**.

**Präsident:** Frau Minister.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Das Amtliche Protokoll der 51. Sitzung vom 26. Juni 1984 ist in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Modl, Gossi, Dr. Helga Hieden, Ingrid Smejkal, Arnold Grabner, Frodl und Hafner.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich kann Ihnen keine genaue Zahl nennen. Seinerzeit wurde geschätzt, daß es sich um etwa 300 000 Familien handelt. Dem entsprach auch die Steigerung der Kosten, die für den Familienlastenausgleichsfonds damals dadurch entstanden, daß dort, wo eben keine Steuerermäßigung wirksam wurde, dann das aus den Fondsmitteln bezahlt wurde.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir gelangen zur Fragestunde.

#### Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz

**Präsident:** Wir kommen nunmehr zur 1. Anfrage: Dr. Maria Hosp (ÖVP) an die Frau Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz.

314/M

Wann wird das Steuerunrecht für die Familien beseitigt?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

**Bundesminister für Familie, Jugend und Konsumentenschutz Elfriede Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wenn man eine Steuerermäßigung bar ausbezahlt — und das geschieht mit dem Kinderabsetzbetrag —, dann stellt das in meinen Augen kein Unrecht dar, weil es so ist, daß für die, die diese Steuerermäßigung kraft ihres Einkommens voll nützen konnten, dadurch kein Nachteil eintritt, daß aber diejenigen, die zu wenig verdienen oder gar keine steuerpflichtigen Einkünfte haben und daher eine Steuerermäßigung nicht ausnützen können, aus diesem System den Vorteil haben.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordnete Dr. Maria Hosp:** Frau Minister! Durch die Progression wachsen immer neue Gruppen in die Besteuerung hinein. Haben Sie Unterlagen dafür, wie viele Familienerhalter heute noch von dieser Begünstigung Gebrauch machen können?

Aber ich kann Ihnen sagen, welchen Gruppen das am meisten hilft. Erstens dort, wo sich niedriges Einkommen mit einer größeren Zahl von Kindern vereint, zweitens dort, wo das Einkommen aus bestimmten Gründen nicht der Besteuerung unterliegt, zum Beispiel Frauen im Karenzurlaub — das Karenzurlaubsgeld ist nicht steuerpflichtig —, zum Beispiel Arbeitslose — Arbeitslosengeld ist nicht steuerpflichtig —, Personen, die so lange krank sind, daß sie nur Leistungen aus der Krankenversicherung beziehen, auch Personen, die in jüngeren Jahren nicht nach einem Arbeitsunfall invalid werden, daher eine sehr niedrige Pension beziehen. Zum Beispiel wirkt das auch in zahllosen Studentenehen voll, wo zwar schon Kinder da sind, aber kein Einkommen erzielt wird, das heißt, es hilft das vor allem jenen Familien, die zweifellos zu den sozial Schwächsten in diesem Land zu zählen sind.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordnete Dr. Maria Hosp:** Frau Minister! Sie haben soeben die Studentenehen erwähnt. Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß gerade in diesen Kreisen sehr oft aus finanziellen Gründen nicht geheiratet wird. Halten Sie es eigentlich für gerecht, daß ein Familienvater mehr Steuer bezahlt als zwei Ledige, die miteinander das gleiche Einkommen erzielen?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Frage Studenten hat mit der Besteuerung von Familien nur mittelbar zu tun. Ich möchte Sie nicht belehren. Ich möchte nur sagen, daß wir im Falle einer Studentenehe, wenn beide nichts verdienen, für diese beiden verheirateten Kinder — im Sinne des Familienlastenausgleiches sind sie dann Kinder — die Familienbeihilfe weiter

**Bundesminister Elfriede Karl**

bezahlen. Da ist nicht der Fall, wenn einer der beiden Ehepartner verdient, denn dann trifft ihn ja die Unterhaltspflicht. Das zum einen.

Zum anderen muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die Ehegattenbesteuerung im österreichischen Steuerrecht nie von den Kindern abhängig war. Die seinerzeitige Steuergruppe B hat auf Grund der bloßen Tatsache der Eheschließung gebührt, egal, ob einer oder beide Partner erwerbstätig waren, egal, ob Kinder vorhanden sind oder nicht.

Auch der jetzige Alleinverdienerabsetzbetrag gebührt, wenn ein Ehepartner keine oder nur geringfügige Einkünfte erzielt, ohne Rücksicht darauf, ob Kinder vorhanden sind oder nicht. Kinder wurden immer gesondert berücksichtigt, seinerzeit durch ein duales System, eine Familienbeihilfe und eine Steuerermäßigung, die im Laufe der Zeit vom System her mehrmals geändert wurde, jetzt durch eine Familienbeihilfe und durch den in eine Barauszahlung umgewandelten Steuerabsetzbetrag.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Hobl.

Abgeordneter Ing. **Hobl** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Bundesminister! Wenn in der Anfrage von Steuerunrecht gesprochen wird, wäre es interessant zu hören, wie gerecht das vom seinerzeitigen ÖVP-Finanzminister Dr. Schmitz eingeführte System der Kinderfreibeträge war. Daher möchte ich Sie fragen: Waren diese Kinderfreibeträge im Sinne einer sozialen Symmetrie gerecht?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Kinderfreibetrag hat die Bemessungsgrundlage für die Besteuerung verringert und hat bei einem progressiven Steuertarif natürlich an absoluten Steuervorteilen umso mehr gebracht, je mehr jemand verdiente.

Ich kann Ihnen die Wirkungen an Zahlenbeispielen sagen. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 4 000 S im Jahre 1968 betrug die Steuerersparnis, und zwar laut Familienbericht 1969, durch diese Reform 201 S, bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 20 000 S bei einem Kind 761 S im Monat. Bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 4 000 S betrug die Steuerersparnis bei einem Kind 201 S, bei drei Kindern pro Kind 55,66 S. Bei 20 000 S war die Relation etwas besser, die Steuerersparnis betrug bei einem Kind 761 S, bei drei Kindern pro Kind 430,66 S. Das

läßt sich aus den seinerzeitigen Lohnsteuertabellen und, wie gesagt, auch aus dem Familienbericht der Bundesregierung 1969 ablesen.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Leitner.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Frau Bundesminister! Es ist eine Tatsache, daß die Familie in der Lohnsteuertabelle nicht mehr berücksichtigt ist, gleichgültig, ob der Steuerzahler ledig ist, ob er Teil eines doppelverdienenden Ehepaares ist oder ob er Alleinverdiener mit Familie ist.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um das Steuerunrecht zu beseitigen: Anhebung eines Alleinverdienerabsetzbetrages, Einführung eines spürbaren Kinderabsetzbetrages, so wie das die ÖVP jetzt im Steuerpapier vorschlägt, oder Steuerbefreiungen eines gewichtigen Existenzminimums pro Familienmitglied. Es ist eine Tatsache, Frau Minister, daß die Familie vieles besser und billiger kann als öffentliche Einrichtungen, aber ohne Geld kann sie es auch nicht. Daher ist meine Frage, Frau Minister: In welcher Form wollen Sie das Steuerunrecht beseitigen?

**Präsident:** Frau Bundesminister.

Bundesminister Elfriede **Karl**: Herr Abgeordneter Dr. Leitner! Ich habe zuerst schon darauf hingewiesen, daß die Ehegattenbesteuerung mit dem Vorhandensein von Kindern im österreichischen Steuerrecht nie etwas zu tun hatte. Seinerzeit, als es noch die Steuergruppen A, B und C gab, auch nicht mit der Frage, ob beide berufstätig waren oder nur ein Ehepartner berufstätig war. Die Steuergruppe B hatte auch ein beiderseits erwerbstätiges Ehepaar. Die Tatsache, daß ein Ehepartner nicht erwerbstätig ist, wird erst, seit es einen Alleinverdienerfreibetrag oder dann -absetzbetrag gibt, berücksichtigt, allerdings wieder unabhängig vom Vorhandensein von Kindern.

Ich darf Ihnen dazu sagen, daß ich persönlich für die Familie, für die Förderung und die Unterstützung der Familie die direkte Geldleistung oder auch Sachleistung — auch eine solche kennen wir — bevorzuge, weil nur sie auch dem sozial Schwachen voll hilft. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Ausgaben aus dem Familienlastenausgleichsfonds allein — Familienförderung erfolgt in anderen Zusammenhängen auch noch — in diesem Jahre 35,6 Milliarden Schilling betragen. Ich glaube daher, daß die Auffassung, daß für die Familien kein Geld vorhanden wäre, nicht ganz

**Bundesminister Elfriede Karl**

den Gegebenheiten entspricht. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Leitner (ÖVP) an die Frau Bundesminister.

315/M

Wieviel wurde aus Familiengeldern von sozialistischen Regierungen zweckwidrig verwendet?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Leitner! Die Verwendung der Mittel des Familienlastenausgleichs ist gesetzlich geregelt, die Verwendung erfolgt genau den Gesetzen entsprechend. Es kann daher keine zweckwidrige Verwendung vorliegen.

**Präsident:** Zusatzfrage.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner:** Frau Minister! Sie sagen, daß es keine gesetzwidrige Verwendung geben kann. Natürlich hat das Hohe Haus Gesetze beschlossen, aber es wurden die Dienstgeberbeiträge um ein Viertel eingekürzt, das sind allein im heurigen Jahr etwa 7 Milliarden Schilling. Durch andere Umschichtungen zu Lasten des Familienlastenausgleichsfonds fehlen etwa 3,3 Milliarden Schilling. Zusammen, Frau Minister, sind das 10 Milliarden!

Vorhin haben Sie gesagt, Sie wollen mit Direktleistungen der Familie helfen. Ich frage Sie also, Frau Minister: Wie wollen Sie in Zukunft die 10 Milliarden Schilling — das sind 5 000 S pro Kind und Jahr — der Familie wieder zukommen lassen?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Dr. Leitner! Wir haben schon sehr oft über Kürzung der Dienstgeberbeiträge und finanzielle Umschichtungen im Hinblick auf den Familienlastenausgleich in diesem Haus diskutiert.

Ich darf nur noch einmal darauf hinweisen, daß diese Maßnahmen seinerzeit auch dazu dienten, den Budgetspielraum für Arbeitsmarktpolitik wieder zu vergrößern.

Das ist erstens einmal wichtig im Interesse der österreichischen Familien, denn die Existenzsicherung erfolgt über die Möglichkeit, Arbeit zu haben und Einkommen zu erzielen. Auch wenn wir Schwierigkeiten haben, glaube ich, ist es für die österreichischen

Familien sehr wertvoll, daß die Situation wesentlich besser ist in diesem Punkt als in vielen anderen vergleichbaren Staaten.

Zum zweiten darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß auch die finanzielle Situation des Familienlastenausgleichs wirtschaftsabhängig ist und auch von diesem Standpunkt her ein guter Arbeitsmarkt eine wesentliche Voraussetzung für die Möglichkeit, Familienleistungen zu finanzieren, ist.

Im übrigen stehen die für die Familienförderung notwendigen Mittel einerseits aus der laufenden Gebarung und andererseits aus der Reserve zur Verfügung.

**Präsident:** Weitere Frage.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner:** Frau Minister! Sie haben jetzt gesagt, daß kein Mißbrauch mit dem Familiengeld geschehen ist, weil man es für die Arbeitsplatzsicherung verwendet hat.

Es hat allein die Bundesbahn in den letzten drei Jahren aus dem Familiengeld 940 Millionen Schilling zusätzlich zu den Schülerfreifahrtbeiträgen erhalten. Das ist nur ein Beispiel. Ich weiß nicht, ob man damit Arbeitsplätze sichern konnte.

Es ist im heurigen Jahr, Frau Minister, der Betrag Abgeltung für Ansätze bei der Einkommensteuer um 3,3 Milliarden Schilling im Fonds aufgestockt worden. Es hat aber davon die Familie selber keinen Schilling bekommen. Es wurde nur zum Löcherstopfen verwendet.

Ich frage Sie jetzt, Frau Minister: In welcher Form wollen Sie wenigstens diese Mittel wieder der Familie zukommen lassen?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Leitner! Die Österreichischen Bundesbahnen haben ein wesentlich größeres Ausmaß an Fahrpreisermäßigung im Rahmen der Schulfreifahrt und für die Schüler als andere Verkehrsunternehmen.

Was den Österreichischen Bundesbahnen vorübergehend abgegolten worden ist, das ist die Differenz zwischen diesem großen Ausmaß an Fahrpreisermäßigung und dem, was andere Verkehrsunternehmen für die Schulfreifahrt bekommen, nämlich 50 Prozent des Regeltarif.

**Bundesminister Elfriede Karl**

Jetzt wird diese Differenz wieder aus dem allgemeinen Budget getragen. Das zum ersten.

Zum zweiten: Die Aufstockung der Überweisungen aus dem Einkommensteueraufkommen an Stelle der früheren Kinderabsetzbeträge dient dazu, die Finanzierungsbasis des Familienlastenausgleichsfonds zu verbessern.

Im übrigen darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß es sehr wohl heuer auch aus dem Familienlastenausgleichsfonds eine zusätzliche Leistung gegeben hat, nämlich eine einmalige Beihilfe von 1 000 S ab dem dritten Kind pro Kind.

**Präsident:** Weitere Wortmeldung: Abgeordneter Ortner.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Minister! Der Vorwurf der zweckwidrigen Verwendung von Geldern ist ein sehr schwerwiegender. Es zeigt meines Erachtens das eigenartige Verständnis der ÖVP, daß man meint, Leistungen zum Beispiel für das Unterhaltsvorschußgesetz, Leistungen für Schülerfreifahrten, für Schulbücher als zweckwidrige Verwendung darstellen zu müssen!

Ich meine, eine zweckwidrige Verwendung liegt dann vor, wenn man zweckgebundene Gelder einfach dem allgemeinen Budget zuführen würde, ohne daß wir hier wieder Leistungen für die Familie erbringen können.

Es hat nun eine Zeit gegeben — es war vor 14 Jahren —, in der die Österreichische Volkspartei die Alleinverantwortung getragen hat. Es ist eine sehr lange Zeit schon dazwischen verstrichen, viele können sich daran ja gar nicht mehr erinnern.

Ich möchte Sie nunmehr fragen, ob es vielleicht in der Zeit der Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei der Fall war, daß Mittel des Familienlastenausgleichsfonds ohne Zweckwidmung einfach dem Budget zugeführt wurden.

**Präsident:** Frau Bundesminister.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Mag. Ortner! Der Reservefonds zum Familienlastenausgleichsfonds wurde 1967 geschaffen, allerdings wurde gleichzeitig die rechtliche Möglichkeit geschaffen, Gebarungüberschüsse des Fonds als unverzinsliche Forderungen gutzuschreiben. Diese

rechtliche Möglichkeit bestand in den Jahren 1968/69/70; das wurde aber dann nicht mehr verlängert.

**Präsident:** Weitere Frage: Frau Abgeordnete Traxler.

Abgeordnete **Gabrielle Traxler** (SPÖ): Frau Minister! Es wird die österreichischen Familien sicher interessieren, welche Verbesserungen für die Familien seit 1970 erfolgt sind, die der Bund geleistet hat.

Sie haben gestern dem Herrn Abgeordneten Nedwed aufgezeigt, in welchem Verhältnis diese Leistungsverbesserungen zu den Preissteigerungen gestanden sind.

Mich würde interessieren: Wie schaut das im Verhältnis zur allgemeinen Einkommensentwicklung aus? Haben sich die Leistungen für die Familien gegenüber der allgemeinen Einkommensentwicklung seit 1970 stärker oder schwächer entwickelt?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Frau Abgeordnete Traxler! Diese Frage ist nicht ganz leicht beantwortbar (*Ruf bei der ÖVP: Das ist alles sehr kompliziert!*), ganz einfach deswegen, weil es sehr unterschiedliche Erfassungen der Einkommen gibt. Wenn man das Pro-Kopf-Einkommen je Arbeitnehmer, daß das Institut für Wirtschaftsforschung in seinen Monatsberichten im Tabellenteil ausweist, nimmt, dann ergibt sich von 1970 bis 1983 eine Steigerung von 185 Prozent.

Die Ausgaben des Familienlastenausgleichsfonds — ohne Wochengeld und Karenzurlaub — sind im selben Zeitraum um 190 Prozent gestiegen, das heißt, generell ist diese Entwicklung annähernd im gleichen Maße erfolgt. Das zeigt, daß die Überschüsse, aus denen in den siebziger Jahren Reserven gebildet werden konnten, vor allem durch die außerordentlich günstige Beschäftigungssituation entstanden sind.

Allerdings muß man auch sagen, daß die Entwicklung nicht für alle Familien gleich war, weil wir Schwerpunkte gesetzt haben, zum Beispiel in Hinblick auf die Kleinkindzeit, auf die Schulzeit, aber auch nach sozialen Gesichtspunkten, im Hinblick auf alleinstehende Mütter, im Hinblick auf Familien mit behinderten Kindern und so weiter.

**Präsident:** Weitere Frage, Frau Abgeordnete Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek** (ÖVP): Frau Minister! Ich möchte auf die mehr als 900 Millionen Schilling Ersatz an die Bundesbahn zurückkommen. Drei Jahre hindurch wurde neben der Abgeltung des Fahrpreises jährlich den Bundesbahnen eine Subvention der Familien von 300 Millionen Schilling gegeben. Sie sagen: Es war gerechtfertigt, 1984 war es aber dann nicht mehr gerechtfertigt. Das läßt also den Verdacht aufkommen, daß das eine stille Subvention an die Bundesbahnen war.

Meine Frage: Warum ist 1984 etwas nicht mehr gerechtfertigt, was Sie vorher drei Jahre lang mit Vehemenz verteidigt haben?

**Präsident:** Frau Bundesminister.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich darf bitte noch einmal feststellen, daß die Vergütung von Fahrpreisen für die Schülerfreifahrt keine Subvention darstellt. Und ich darf nochmals feststellen, daß die Schülerermäßigungen, die die ÖBB gewähren, wesentlich größer sind als die, die andere Verkehrsunternehmen gewähren. Wir verlangen generell, daß der Schülertarif nicht höher sein darf als fünfzig Prozent des Regeltarifs, also eine 50prozentige Ermäßigung, die der ÖBB ist aber größer.

Die Differenz ist vorübergehend den ÖBB abgegolten worden. Sie wurde vorher im Rahmen der Abgangsdeckung aus dem Budget getragen, und sie wird jetzt aus dem Budget selbst getragen. Die Änderung erfolgte, um die Finanzierungsgrundlage des Familienlastenausgleichsfonds zu verbessern.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Vetter (ÖVP) an die Frau Minister.

316/M

Wie werden Sie den Familienlastenausgleichsfonds sanieren?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Vetter! Die Finanzierungsbasis des Familienlastenausgleichsfonds ist 1984 um 3,3 Milliarden verbessert worden. Die Gebahrung verbessert sich außerdem auf Grund der Wirtschaftsentwicklung, sodaß die Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds gesichert ist.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordneter **Vetter:** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Ihre Argumentation, warum Sie Milliardenbeträge, die den Familien zustehen, nicht auszahlen, müssen die Familien unseres Landes als provokant empfinden.

Sie haben heute wiederum das System der Freibeträge als ungerecht bezeichnet.

Wenn ich als Vergleich hernehme, daß Sie sich weigern, diese Milliardenbeträge — als Erstattung für diese damaligen Freibeträge oder für die nicht zu zahlende Lohnsteuer — auszuzahlen, so ist für mich die Ungerechtigkeit doppelt so groß. Diese 3,3 Milliarden, die Sie eben erwähnt haben, kommen ja nicht den Familien zugute, sie sind eine reine Liquiditätsgestaltung des Fonds — für einen ruinierten Fonds.

Ich möchte an Sie die Frage stellen: Wann wollen Sie diese Beträge, die den Familien zustehen, die Sie früher nicht an Steuern zahlen zu brauchten, zur Auszahlung bringen?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Vetter! Bei der Umstellung auf die Direktleistung wurde eine Abgeltung von 7,2 Milliarden, die der Finanzminister zu überweisen hat, festgelegt, dies entsprach dem Wert der Kinderabsatzbeträge, den Kosten der Kinderabsatzbeträge. Dieser Betrag wurde im letzten Jahr erhöht und das, was der Familienlastenausgleichsfonds einnimmt, wird im Augenblick zur Gänze ausgegeben. Dies bedeutet, diese 3,3 Milliarden werden an die Familien ausbezahlt.

**Präsident:** Weitere Frage.

Abgeordneter **Vetter:** Werte Frau Bundesminister! Es gibt eine Empfehlung des Familienpolitischen Beirates auf Angleichung oder Erhöhung der Auszahlungen. Auf der anderen Seite sind die Reserven — entgegen Ihrer vorhin gesagten Meinung — im Jahre 1984 sicherlich aufgebraucht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß am Ende des Jahres noch 1 S Reserve vorhanden ist. Wie stellen Sie sich die Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds für 1985 vor?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Vetter! Voraussichtlich wird die Reserve heuer nicht aufgebraucht werden. Es ist nur zu früh, im Juni endgültige Prognosen für den Ablauf des Jahres zu stellen.

**Bundesminister Elfriede Karl**

Außerdem darf ich noch einmal auf die günstigere Gebarungsentwicklung, bedingt durch die günstigere Wirtschaftsentwicklung, verweisen.

Zum dritten darf ich darauf verweisen, daß das Familienlastenausgleichsgesetz eine Bestimmung enthält, nach der, wenn die Leistungen aus der laufenden Gebarung nicht gedeckt werden können, sie aus dem Budget zu decken sind.

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter Ortner.

Abgeordneter Mag. **Ortner (FPÖ):** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Wir haben uns im Verlauf der gestrigen Debatte über die Frage der Wirtschaftsentwicklung Österreichs unterhalten. Sie haben auch heute wieder ausgeführt, daß 1984 die Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds gesichert ist. Können Sie uns konkrete Zahlen nennen, wie sich die Budgetentwicklung, die Wirtschaftsentwicklung, auf die Gebarung 1984 auswirkt?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl:** Herr Abgeordneter! Ich darf bitte noch einmal betonen, daß Zahlen, die man jetzt nennt, mit Vorsicht zu interpretieren sind, weil das Jahr ja noch nicht vorbei ist. Ich kann Ihnen aber sagen, daß ein Abgang von 1,8 Milliarden im Bundesvoranschlag präliminiert ist und daß sich dieser Abgang voraussichtlich auf etwa 850 Millionen reduzieren wird.

**Präsident:** Weitere Frage: Frau Abgeordnete Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga **Hubinek (ÖVP):** Frau Bundesminister! Sie haben seinerzeit dem zugestimmt, daß 25 Prozent der Einnahmen des Fonds umgeleitet werden. Sie müssen ja auch Überlegungen angestellt haben, wie es mit der Abgeltung der Inflationsraten an die Familien, die drei Jahre bitte unterblieben sind, weitergeht. Welche Vorstellungen haben Sie nun, um wenigstens im nächsten Jahr den Familien die Inflationsraten abzugelten und eine bescheidene Erhöhung der Familienbeihilfen ins Auge zu fassen?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe Ihnen gestern bereits auf eine derartige Frage geantwortet, daß ich eine Verbesserung entweder für alle, möglichst für alle, oder aber für einen große-

ren Kreis von Familien als heuer anstrebe und daß ich mit dieser Vorstellung in die Budgetverhandlungen gehe, daß ich aber vor Abschluß der Budgetverhandlungen keine konkreten Aussagen machen kann.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 4: Frau Abgeordnete Adelheid Praher (SPÖ) an die Frau Bundesminister.

322/M

Welche Vorstellungen bestehen in Ihrem Ministerium, um die Gewalt in der Familie einzudämmen?

**Präsident:** Bitte, Frau Bundesminister.

Bundesminister Elfriede **Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Gewalt in der Familie hat ihre Ursache in sehr vielen oder in den meisten Fällen in Familienkonflikten, sichtbaren oder auch nicht so sehr sichtbaren. Daher scheint mir am wichtigsten, Familienhilfe im Umgang mit Konflikten und zur Lösung von Konflikten zu bieten.

Wir fördern seit 1974 Familien- und Partnerberatungsstellen, die auch bei Partnerschaftsproblemen beraten. Es gibt derzeit 183 Stellen mit 130 000 Beratungsfällen, von denen etwa die Hälfte, sehr grob gesagt jetzt, auf Partnerschaftsprobleme entfällt.

Da Beratung aber nicht ausreicht, werde ich mich darum bemühen, dieses System teilweise in Richtung Therapie auszubauen, allerdings nicht seitens des Bundes allein, sondern nur gemeinsam mit den Ländern und privaten Trägern von Beratungsstellen.

Darüber hinaus kommen meiner Meinung nach aber auch Maßnahmen der Information, der Aufklärung, der Bewußtseinsbildung, also der Öffentlichkeitsarbeit, sehr große Bedeutung zu. Ich habe seinerzeit als Staatssekretär schon solche Initiativen gesetzt und ich werde auch die Arbeit in diesem Bereich fortsetzen.

Es hat Anfang Juni eine Enquete zu diesem Thema gegeben, sie hat sich vor allem mit Gewalt in der Erziehung beschäftigt. Die Enquete muß jetzt ausgewertet werden, und es wird aufbauend auf dieser Enquete weitergearbeitet werden.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordnete Adelheid **Praher:** Frau Minister! Sie haben jetzt auf die Enquete hingewiesen. Dieser Teilbereich Gewalt am Kind

**Adelheid Praher**

ist ja ein besonders erschreckendes Phänomen im Bereich der Gewalt in der Familie, und es war daher sicher sehr wichtig, daß Ihr Ministerium diese Enquete durchgeführt hat, um dieses Problem zu durchleuchten, aber vor allem auch praktikable Maßnahmen zu erarbeiten.

Ich frage Sie nun, welches die wichtigsten Ergebnisse dieser Enquete waren und ob Sie bereit sind, diese dem Nationalrat zur Verfügung zu stellen.

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Frau Abgeordnete Praher! Die Enquete hat in sechs Arbeitskreisen getagt.

Die Berichte der Arbeitskreisleiter liegen vor, und die kann ich gerne den Klubs zur Verfügung stellen.

Die gesamte Diskussion ist noch nicht ausgewertet — sie war sehr umfangreich —, und das wird dann auch längere Zeit erfordern.

Die wesentlichsten Ergebnisse waren einerseits die Auffassung, daß Informationsaufklärung, Bewußtseinsbildung in Erziehungsfragen fortgesetzt werden muß, daß Verbesserungen im Bereiche der Elternbildung, der Elternschule notwendig sind, waren ebenso Überlegungen, wie in Bildungs- und Ausbildungsgängen der Umgang mit Konflikten gelehrt werden kann, vor allem aber auch im Hinblick auf die Ausbildung in jenen Berufen, die auch mit Erziehungsproblemen zu tun haben — zum Beispiel Lehrer, zum Beispiel Ärzte, die in ihrer Praxis sehr oft mit solchen Fragen konfrontiert werden —, Förderung der Selbst- beziehungsweise Nachbarschaftshilfe, das Ansprechen der Zivilcourage — also nicht wegschauen, sondern etwas tun —, der Ausbau der institutionellen Hilfe, eine bessere Übersicht über das vorhandene Angebot, und in einem Arbeitskreis, der sich mit Rechtsfragen befaßt hat, war auch eine Mehrheit dafür, daß es eine Äußerung des Gesetzgebers geben sollte, daß Gewalt kein geeignetes Erziehungsmittel ist.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

**Abgeordnete Adelheid Praher:** Sehr geehrte Frau Bundesminister! Diese Frage der möglichen Einführung eines Züchtigungsverbot wurde ja nicht nur bei der Enquete, sondern wird auch in der Öffentlichkeit sehr stark diskutiert. Viele Teilnehmer der Enquete waren der Meinung, daß das Signalwirkung haben

könnte und auch zu einer Änderung des Bewußtseins in der Öffentlichkeit beitragen könnte.

Wie stehen Sie selber dazu? (*Abg. Steinbauer: Da muß man den Ofner fragen! Da müßte man den Justizminister fragen!*)

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Frau Abgeordnete! Ich möchte zunächst einmal klarstellen, damit keine Mißverständnisse auftreten: Es geht nicht um eine Regelung im Strafrecht, also nicht um ein strafrechtliches Verbot mit folgender Sanktion, sondern es geht in der Diskussion um einen allfälligen Hinweis im ABGB im Kindschaftsrecht, daß körperliche Züchtigung kein Erziehungsmittel sein soll.

Ich persönlich bin der Meinung, daß das bewußtseinsbildend wirken könnte, daß man die Diskussion darüber weiterführen muß. Ich bin aber auch der Auffassung, daß mindestens ebenso wichtig alle anderen Maßnahmen sind, die ich zuerst genannt habe.

Ich habe die Absicht, im Entwurf für die Neuregelung des Jugendwohlfahrtsrechts im grundsatzgesetzlichen Teil, der unter anderem auch soziale Dienste regelt, die im Bereich der Jugendwohlfahrt der Familie zur Verfügung gestellt werden sollen — dazu gehören auch Beratungsdienste und ähnliches —, einen Hinweis darauf aufzunehmen, daß auch die Länder, die das Jugendwohlfahrtsrecht in diesem Teil dann ja zu vollziehen haben, gerade in diesen sozialen Diensten, in dieser Beratungsarbeit dafür werben sollen und bewußtseinsbildend wirken sollen, daß Gewalt kein Erziehungsmittel ist.

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter Türtscher.

**Abgeordneter Türtscher (ÖVP):** Frau Bundesminister! Wir sind der Überzeugung, daß die Kinder in keiner Institution mit so viel Liebe und Geborgenheit aufwachsen können wie in einer funktionierenden Familie und daß Gewalt eigentlich dort beginnt, wo der Zerfall der Familie beginnt, daß das miteinander läuft.

Aber meine Frage ist: Warum haben Sie bis jetzt nichts getan, die Dunkelziffer an Kindesmißhandlungen aufzuklären?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl**: Herr Abgeordneter! Dunkelziffern haben es an sich, daß sie eben geheim sind und daß man sie nicht erheben kann, daß sie sich auf Vorgänge beziehen, die nicht ans Licht der Öffentlichkeit kommen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich darf aber darauf hinweisen, daß es bereits im Jahr 1977, damals initiiert von der Frau Bundesminister Dr. Leodolter, eine sehr ausführliche Studie zum Thema Züchtigungsverhalten der Österreicher gegeben hat, die die Grundlage für die österreichische Literatur, die es in diesem Bereich gibt, bildet.

Ich habe als Vorbereitung für die Enquete Anfang Juni eine neuerliche Studie im Sinne einer Umfrage durchführen lassen.

**Präsident**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Bundesminister! Dieser Problemkreis Gewalt in der Familie wird wohl in Zukunft nur dann tatsächlich wirkungsvoll bekämpft werden können, wenn man eine Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung herbeiführt. In dem Zusammenhang haben Sie, wenn ich mich richtig erinnere, bei der Enquete von einer neuen Umfrage über das Erziehungsverhalten der Österreicher berichtet.

Ich möchte Sie fragen: Was sind die wesentlichen Ergebnisse dieser Umfrage?

**Präsident**: Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Umfrage beinhaltet vor allem einen Vergleich mit dem Jahr 1977. Dies deswegen, weil eben damals eine erste umfassende Studie zu diesem Thema, seinerzeit auf Initiative der Frau Minister Leodolter, gemacht wurde.

Es zeigt sich doch insgesamt eine leichte Bewußtseinsveränderung. (*Abg. Steinbauer: Beim Ofner nicht!*) Das heißt, Statements, die die körperliche Züchtigung bejahen und die einen sehr strengen, auf bloße Anordnung, also auf Gebote und Verbote ohne Erklärung, orientierten Erziehungsstil bejahen und die Watschen oder die Dachtl bagatellisieren, werden nicht mehr in dem Maß absolut abgegeben, wie das 1977 der Fall war. Allerdings ist die Zahl der absoluten Ablehner nicht im gleichen Maß gewachsen, sondern die Zahl der eher Unsicheren, derer, die also

offensichtlich über Erziehungsstile nachzudenken beginnen.

Es ist allerdings auf der anderen Seite so, daß eine Frage nach aktuellem Erziehungsverhalten ergibt, daß fast 60 Prozent der Befragten, die Kinder haben, angeben, daß ihre Kinder wissen, daß sie Schläge erhalten, wenn sie etwas anstellen; das gilt auch bei Eltern von Kindern unter drei Jahren.

**Präsident**: Weitere Frage: Abgeordneter Rieder.

Abgeordneter Dr. **Rieder** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Bundesminister! Gerade das von Ihnen geschilderte Ergebnis der Meinungsumfrage zeigt doch, wie wichtig weitere Maßnahmen sind, um diesen Bewußtseinsveränderungsprozeß fortzuführen. Doch glaube ich, daß für die Alltagspraxis zumindest ebenso wichtig ist die Frage im Sinne des allgemeinen Grundsatzes, daß eben Helfen und Beraten oft wichtiger sind als Sanktionen im nachhinein, was an Problemen in diesen Familien- und Partnerschaftsberatungsstellen gelöst werden kann.

Ich darf daher an Sie, Frau Bundesminister, die Frage richten: Welche Probleme der Erziehungsarbeit werden an diese Beratungsstellen herangetragen?

**Präsident**: Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl**: Herr Abgeordneter Dr. Rieder! Von zirka 130 000 Beratungsfällen im Jahr beziehen sich etwa 25 000 Fälle auf Erziehungsfragen beziehungsweise kommen die Menschen in diesem Ausmaß mit Erziehungsfragen vordergründig hin. In aller Regel stellt sich aber heraus, daß damit andere Familien- und Partnerprobleme im Zusammenhang stehen. Das heißt, es geht in aller Regel nicht nur darum, im Hinblick auf das Verhalten des Kindes zu beraten, sondern auch im Hinblick auf die Situation in der gesamten Familie.

Auf der anderen Seite wird aber auch deutlich, daß Gewalt in der Erziehung ihre Ursache sehr oft in Partnerkonflikten hat. Das heißt, der Konflikt zwischen den Ehepartnern wird dann am Kind abreagiert. Die Beratung ist daher auch in diesem Zusammenhang — das ist nicht extra statistisch erfaßt — von Bedeutung. Wie gesagt, mein Bestreben geht dahin, auch qualitativ über eine bloße Beratung hinauszukommen.

Der Ordnung halber muß ich noch anfügen,

4598

Nationalrat XVI. GP — 54. Sitzung — 28. Juni 1984

**Bundesminister Elfriede Karl**

daß es in den meisten Ländern darüber hinaus Einrichtungen der reinen Erziehungsberatung, zum Teil von Ländern, zum Teil von Privaten getragen, gibt.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 5: Frau Abgeordnete Zipser (SPÖ) an die Frau Minister.

323/M

Welches sind die Zielsetzungen der von Ihnen eingesetzten Arbeitsgemeinschaft für Sexualerziehung, Familienplanung und Schwangerenbetreuung?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Alle bisher vorliegenden Untersuchungen zum Thema Schwangerschaftsabbruch zeigen, daß der entscheidende Ansatzpunkt zur Verringerung der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen die Vermeidung der ungewollten Schwangerschaft ist. Die Arbeitsgemeinschaft ist daher vor allem mit dem Ziel eingesetzt worden, über die Maßnahmen, die es schon gibt, wie zum Beispiel die Familien- und Partnerberatung, die sich ja in rund der Hälfte der Fälle mit der Beratung zur Empfängnisregelung oder mit der Beratung schwangerer Frauen in Konfliktsituationen auseinanderzusetzen hat, und über die Informationen, die vom Familienministerium zum Thema Empfängnisregelung angeboten werden, hinaus Vorschläge zu erarbeiten, was zur weiteren Besserung der Situation geschehen kann.

**Präsident:** Zusatzfrage.

Abgeordnete Ella Zipser: Sehr geehrte Frau Minister! Wir haben nun über die Zielvorstellungen dieser Arbeitsgemeinschaft gehört. Ich möchte Sie gerne fragen, wann die ersten Ergebnisse dieser Arbeitsgemeinschaft zu erwarten sind.

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Frau Abgeordnete Zipser! Die Arbeitsgemeinschaft hat bereits getagt. Schwerpunkt der ersten Sitzung waren Fragen der Sexualerziehung, weil die Erfahrung zeigt, daß es nicht genügt, Wissen über Empfängnisregelung zu verbreiten. Es ist an sich so, daß die Frage, ob man eine ungewollte Schwangerschaft vermeiden kann, in der Bevölkerung von hohen Prozentsätzen bejaht wird, daß es aber offensichtlich auch Barrieren zwischen Wissen und Tun gibt. Im Hinblick darauf, daß es hier offen-

sichtlich darum geht, die Verantwortung in diesem Bereich zu stärken, ist die Sexualerziehung zweifellos ein entscheidender Ansatzpunkt.

Der Arbeitskreis ist daher zu der Auffassung gekommen, daß es vor allem darum geht, die Sexualerziehung in der Schule zu verbessern beziehungsweise Hindernisse, die dem entgegenstehen, auszuräumen, daß es vor allem darum geht, Lehrern mehr Hilfe anzubieten, und zwar einerseits in Form von Lehrbehelfen, andererseits im Hinblick auf die Ausbildung. Das gilt vor allem für die AHS-Lehrer, denn bei den Absolventen der Pädagogischen Akademie steht das ja im Lehrplan. In der Lehrerfortbildung geht es darum, wie man die Kooperation mit den Eltern verbessern kann, um zu vermeiden, daß der Lehrer von außen unter Druck gesetzt wird. Es geht auch darum, Hilfen für die Eltern anzubieten, die ja in erster Linie in diesem Bereich erziehen sollten.

Ein weiterer Problemkreis war die Verbesserung der Information der Ärzte, und zwar einerseits im Rahmen der Fortbildung in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer, andererseits aber auch durch schriftliche Informationen. Ich habe zum Beispiel die Broschüre „Glückliche Paare — Wunschkinde“ mit gutem Erfolg Gynäkologen und geburtshilflichen Abteilungen angeboten. Ich habe die Absicht, diese Aktion auf die praktischen Ärzte auszuweiten. (Abg. Steinbauer: Kann irgendwer auf kurze Antworten drängen?! — Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.)

Frau Dr. Hubinek! Ich bitte um Entschuldigung, aber ich bin nach Ergebnissen der Tagung dieses Arbeitskreises gefragt worden, und ich tue hier nichts anderes, als diese Ergebnisse darzustellen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. König: Das ist ein Mißbrauch der Fragestunde!)

Ebenso besteht die Absicht, die Hebammen in dieses Informationsnetz einzubeziehen. Mit dem Boltzmann-Institut für Schwangerenbetreuung und Geburtenregelung ist vereinbart, nach einer ersten Untersuchung über Motive des Schwangerschaftsabbruchs bei Frauen, die eine erste Schwangerschaft abbrechen, eine zweite Untersuchung zu machen über Motive des Schwangerschaftsabbruchs bei Frauen, die schon Kinder haben und dann eine Schwangerschaft abbrechen.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

Abgeordnete **Ella Zipser**: Frau Minister! Es gibt in Österreich rund 180 Familienberatungsstellen, die auch über Familienplanung aufklären. Ich möchte Sie nun fragen, ob Sie die Absicht haben, solche Familienberatungsstellen eventuell zu vermehren oder zumindest ihre Publizität zu erhöhen.

**Präsident**: Frau Minister.

Bundesminister **Elfriede Karl**: Frau Abgeordnete! Die Zahl der Familienberatungsstellen hängt nicht von mir ab. Die Initiative, Beratungsstellen zu gründen, muß von den möglichen Trägern ausgehen. Wenn ich für Familienplanung, für Empfängnisregelung werbe — und das tue ich immer wieder —, werbe ich gleichzeitig auch für die Familienberatungsstellen. Dazu darf ich sagen, daß viele Träger auch eigene Werbeaktionen durchführen.

**Präsident**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stummvoll.

Abgeordneter **Dr. Stummvoll** (ÖVP): Frau Minister! Ich möchte die Gründung dieser Arbeitsgemeinschaft durchaus begrüßen. Ich glaube, es ist jede Initiative zu begrüßen, die versucht, die Zahl der Abtreibungen in Österreich zu senken. Auf der anderen Seite haben wir jetzt zehn Jahre die Fristenregelung, und selbst prominente sozialistische Ärzte und Befürworter der Fristenlösung sagen, daß die Zahl der Abtreibungen in Österreich mit rund 90 000 pro Jahr viel zu hoch ist.

Ich möchte daher ganz konkret fragen, Frau Minister, und zwar über die Zielsetzungen hinaus, die Sie hier sehr allgemein formuliert haben: Haben Sie dieser Arbeitsgemeinschaft konkrete Aufträge gegeben, bis wann Entscheidungsgrundlagen für konkrete Maßnahmen zur Senkung der Zahl der Abtreibungen vorzulegen sind?

**Präsident**: Frau Minister.

Bundesminister **Elfriede Karl**: Herr Abgeordneter! Ich darf daran erinnern, daß seit 1974 eine ganze Reihe von Maßnahmen, die es Frauen erleichtern, ein Kind zu bekommen, gesetzt worden ist. Ich verweise nur auf die zusätzlichen wirtschaftlichen Hilfen für alleinstehende Mütter, auf die Familienberatung und auf die Aktion zur Verbreitung von Wissen über Empfängnisregelung.

Die Arbeitsgemeinschaft hat — das habe ich bereits erwähnt — Vorschläge zu bestimmten Themenbereichen erarbeitet.

Nachdem es sich hier nicht nur um Zuständigkeiten des Familienministeriums, sondern auch um Bereiche anderer Ministerien handelt, werden diese Vorschläge jetzt mit anderen Ministerien abgeklärt und dann so rasch wie möglich durchgeführt. Allerdings geht es hier zum Teil auch um die Entwicklung von Materialien, die längerer Zeit bedarf.

**Präsident**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Frau Bundesminister! Selbstverständlich sind alle Maßnahmen zu begrüßen, die es einer werdenden Mutter möglich machen, ihr Kind auch auszutragen. Das ist ihr eine Gesellschaft ganz einfach schuldig.

Ich muß zu dem Thema auch sagen, daß ich nicht nur Ihre Aktionen begrüße, sondern jede private Initiative, die in diese Richtung führt. Aus diesem Grund habe ich auch die Aktion „Geborene für Ungeborene“ unterschrieben. Ich glaube auch, daß es in diesem Punkt keine wertfreie Beratung geben darf, sondern daß die Gesellschaft immer wieder auf den Wert des Lebens aufmerksam gemacht werden muß.

Mit dem Dank für all das, was jetzt von Ihrer Seite geschehen ist, frage ich Sie, was Sie an anderen Maßnahmen auch noch ins Auge gefaßt haben beziehungsweise welche Möglichkeiten Sie noch sehen, hier helfend einzugreifen.

**Präsident**: Frau Minister.

Bundesminister **Elfriede Karl**: Herr Abgeordneter Probst! Für mich ist — das zeigen auch alle Untersuchungen, die es zu diesem Thema gibt — der entscheidende Angelpunkt die Vermeidung der ungewollten Schwangerschaft. Erfolge kann man aber nur erzielen, indem man alles dazu tut, den Menschen bewußt zu machen, daß in einer Partnerbeziehung auch die Verantwortung gegenüber einer allfälligen Schwangerschaft besteht und daß diese Verantwortung wahrzunehmen ist, und zwar vom Mann genauso wie von der Frau.

**Präsident**: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Praher.

Abgeordnete **Adelheid Praher** (SPÖ): Sehr geehrte Frau Bundesminister! Die sozialistische Bundesregierung hat seinerzeit schon sehr viele Maßnahmen gesetzt, die es den

**Adelheid Praher**

Frauen erleichtern, sich zum Kind zu bekennen.

Ihre Ausführungen in der heutigen Fragestunde haben bewiesen, daß Sie und die derzeitige Bundesregierung ständig bemüht sind, das zu erweitern.

Ich möchte Sie daher fragen, Frau Minister: Sehen Sie irgendeine Notwendigkeit für Unterschriftenaktionen, wie sie etwa die Petition des Vereines „Geborene für Ungeborene“ darstellt?

**Präsident:** Frau Minister, bitte.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es sind in der Vergangenheit eine ganze Menge von Hilfen gesetzt worden, ohne daß es die Plattform „Geborene für Ungeborene“ und ihre Unterschriftenaktion gegeben hat. Auch meine aktuellen Initiativen sind unabhängig davon. Ich darf daran erinnern, daß ich bereits in der Debatte zum Budget des Ministeriums darauf hingewiesen habe, daß das einer der Programmpunkte und der Arbeitsschwerpunkte des Ressorts sein wird. Das heißt: Meine Arbeit in diesem Bereich erfolgt unabhängig von dieser Unterschriftensammlung. Ich möchte damit aber diese Aktion nicht werten.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Ortner (FPÖ) an die Frau Minister.

330/M

Welche grundsätzlichen Änderungen wird es seitens Ihres Ressorts im neuen Jugendwohlfahrtsgesetz geben?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Ortner! Das Jugendwohlfahrtsrecht besteht aus zwei Teilen: aus einem Grundgesetz, das von den Ländern durch Ausführungsgesetze zu vollziehen ist und dann durchzuführen ist — dafür bin ich zuständig — und aus einem zivilrechtlichen Teil. Bei den grundsätzlichen Änderungen im grundgesetzlichen Teil geht es vor allem darum, die Erziehungskraft der Familie zu stärken und daß daher auch die Länder der Familie zu diesem Zweck soziale Dienste zur Verfügung stellen sollen. Weiters geht es darum, daß Erziehungshilfe nur mehr unterscheidet zwischen Erziehungshilfe unter Verbleib des Jugendlichen in der Familie und Erziehungshilfe unter Trennung des Kindes von seiner Familie. Ein weiterer Grundsatz, der wesent-

lich erscheint, ist, daß, wenn der Minderjährige aus der Familie entfernt wird, bei Kleinkindern die Erziehung in einer Pflegefamilie Vorrang vor der Heimerziehung haben soll.

**Präsident:** Erste Zusatzfrage.

**Abgeordneter Mag. Ortner:** Sehr geehrte Frau Minister! Sie haben jetzt den Problembereich Pflegefamilie angerissen, hier meine ich vor allem die Rechtsstellung der Pflegeeltern zu ihren Pflegekindern; ein Problembereich, der darin besteht, daß bisher die Pflegeeltern kaum rechtliche Möglichkeiten gegenüber den leiblichen Eltern gehabt haben. Sieht das neue Jugendwohlfahrtsgesetz in diesem Problembereich eine Verbesserung der Rechtsstellung der Pflegeeltern vor?

**Präsident:** Frau Minister, bitte.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter! Es gibt im grundgesetzlichen Teil Ansatzpunkte dazu, zum Beispiel, daß die Jugendwohlfahrtsbehörden den Pflegeeltern und dem Pflegekind Beratungshilfen anzubieten haben, im Bedarfsfall zwischen der Pflege- und der Herkunftsfamilie zu vermitteln haben, daß die Landesgesetzgebung das Pflegegeld zu regeln hat und dabei die örtlichen Verhältnisse und die Unterhaltskosten zu berücksichtigen hat. Weitergehende Regelungen können nur im zivilrechtlichen Teil stattfinden, wo es dann darum geht, welche Rechte Pflegeeltern haben.

**Präsident:** Zweite Zusatzfrage.

**Abgeordneter Mag. Ortner:** Sehr geehrte Frau Minister! Auch die Rechtsstellung des unehelichen Kindes im Jugendwohlfahrtsgesetz im Vergleich zu jenem des ehelichen Kindes war bisher so, daß das außereheliche Kind gegenüber dem ehelichen benachteiligt war. Wird auch in dieser Hinsicht eine Veränderung im Jugendwohlfahrtsgesetz vorgenommen werden?

**Präsident:** Frau Minister, bitte.

**Bundesminister Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Ortner! Im grundgesetzlichen Teil wird es keine Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern mehr geben. Es wird auch die vom Gesetz her für uneheliche Kinder bestehende Pflegeaufsicht fallen. Auch hier sind weitere Verbesserungen dann nur mehr im zivilrechtlichen Teil möglich.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Rieder.

Abgeordneter Dr. **Rieder** (SPÖ): Frau Bundesminister! In der Frage der Kindesmißhandlung und der Gewalt in der Familie spielt es eine große Rolle, daß viele Menschen davon ausgehen, daß das Kind ein Objekt, ja praktisch Eigentum der Eltern ist. Man nennt das juristisch die Frage der Familienautonomie, die gelegentlich im Widerspruch zum Wohl des Kindes steht.

Frau Bundesminister! Ich darf Sie daher fragen: Wie wird das neue Jugendwohlfahrtsgesetz diesen inneren Konflikt zwischen Familienautonomie und Wohl des Kindes lösen?

**Präsident:** Frau Minister, bitte.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Dr. Rieder! Der Entwurf verweist in diesem Punkt auf den § 146 ABGB, in dem ja sehr deutlich dargestellt ist, was unter dem Kindeswohl zu verstehen ist und was bei der Pflege und Erziehung eines Kindes die Aufgabe der Erziehenden, also laut ABGB der Eltern ist. Und das ist die gleiche Definition.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Pischl.

Abgeordneter **Pischl** (ÖVP): Frau Bundesminister! Haben Sie sichergestellt und, wenn ja, in welcher Form, falls es zur Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes kommen sollte, daß Jugendarbeit im Sinne der Jugendbildung von Sozialarbeit getrennt und nicht damit vermischt wird, wie gewisse Tendenzen zeigen?

**Präsident:** Frau Minister, bitte.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter! Der Entwurf enthält einen Hinweis, daß außerschulische Jugendernziehung durch die Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsrechtes nicht berührt ist.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Frau Bundesminister! Wann ist damit zu rechnen, daß dieser Gesetzentwurf dem Nationalrat zugeleitet wird? (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Ad calendas graecas!*)

**Präsident:** Frau Minister, bitte.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Herr Abgeordneter Probst! Der grundsatzgesetzliche Teil wird voraussichtlich am 10. Juli im Ministerrat eingebracht werden.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 7: Frau Abgeordnete Hubinek (ÖVP) an die Frau Minister.

317/M

Werden Sie das System des Wegwerfschulbuches ändern?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe nicht die Absicht, das System der Schulbuchaktion zu ändern.

**Präsident:** Erste Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. **Marga Hubinek:** Dann steht das in einem gewissen Widerspruch zu den Erklärungen des Herrn Unterrichtsministers, der der Meinung ist, man müsse bei dieser Ansatzpost mindestens 100 Millionen Schilling einsparen.

**Präsident:** Frau Bundesminister, bitte.

Bundesminister **Elfriede Karl:** Frau Abgeordnete! Ich befinde mich nicht im Gegensatz zum Herrn Unterrichtsminister, denn auch mein Ziel ist Sparsamkeit. Das ist auch durch eine ganze Reihe von Maßnahmen in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart bewiesen. Wir haben uns darauf geeinigt, die Limits für die Bücher zu kürzen. Das bringt gewisse Einsparungen, und ich darf Ihnen sagen, daß 1984 voraussichtlich 65 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag eingespart werden.

**Präsident:** Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. **Marga Hubinek:** Frau Minister! Diese Einsparung ergibt sich allein schon durch die verringerten Schülerzahlen.

Meine konkrete Frage an Sie: Halten Sie angesichts der desolaten finanziellen Situation im Familienlastenausgleichsfonds an der Tatsache fest, daß alljährlich neue Schulbücher weggeschmissen werden müssen, weil immer wieder neue ausgegeben werden? Werden Sie das System nicht ändern und nicht auf ein Mischsystem zwischen Leihbüchern und neuen Büchern einschwenken, wie dies der Familienpolitische Beirat im übrigen empfohlen hat?

**Präsident:** Frau Minister, bitte.

Bundesminister Elfriede **Karl:** Verzeihung, Frau Abgeordnete, wenn ich Sie berichtige. Es gibt keine Empfehlung des Familienpolitischen Beirates für ein Leihsystem, sondern es gab einen Mehrheitsbeschluß, anstelle der Schulbuchaktion Geldbeihilfen zu setzen, was, wenn man diesem Vorschlag gefolgt hätte, um 200 bis 300 Millionen Schilling mehr gekostet hätte.

Im übrigen gab es eine Reihe einvernehmlicher Empfehlungen, die aber nichts mit einem Leihsystem zu tun haben, sondern mit dem geltenden, und die bereits in die Tat umgesetzt werden.

Ich darf noch einmal betonen: Sparmaßnahmen im bestehenden System: ja. Die Einsparungen, die ich genannt habe, haben mit einer Verringerung der Schülerzahlen nichts zu tun, denn der Voranschlag geht von den gleichen Schülerzahlen aus, wie sie dann dem Bundesrechnungsabschluß und dem tatsächlichen Verbrauch zugrunde liegen, sondern mit den Sparmaßnahmen. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Das stimmt ja gar nicht!*) Außerdem ist es so, daß dort, wo Schulbücher teuer sind, nämlich in den weiterführenden Schulen, die Schülerzahlen nicht zurückgehen.

Ich darf noch einmal sagen: Es besteht kein Einwand dagegen, wenn Kinder Bücher, von denen sie glauben, diese nicht mehr zu brauchen, zurückgeben und diese, wenn sie neuwertig sind, weitergegeben werden. Aber auf freiwilliger Basis, im Ermessen des Schülers und seiner Eltern. Ein generelles Leihsystem beabsichtige ich nicht einzuführen.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst (FPÖ):** Frau Bundesminister! Es ist erfreulich zu hören, daß hier gespart wird. Ich glaube, wir sind uns alle einig, daß gerade der Begriff „Wegwerfschulbuch“ und seine tatsächliche Durchführung, nämlich daß das Buch weggeworfen wird, das Schreckliche daran ist.

Ich halte nichts davon, daß Bücher weggeschmissen werden. Ich halte aber auch nichts davon, daß einige Bücher Leihbücher sind. Ich glaube, daß Bücher wie ein Schulatlas und eine Literaturgeschichte sehr wohl in die Hand des Schülers gehören und, wie zum Beispiel mir — ich habe sie mir damals noch kaufen müssen —, weiterhin ein ganzes Leben lang gute Dienste leisten können zum

Nachschlagen. Aber es liegt daran, den Begriff der Wertigkeit dieser Bücher auch im Schüler zu heben und dem Schüler den Wert des Buches klarzumachen.

Meine Frage, Frau Bundesminister: Gibt es Aussichten dahin gehend, daß diese von Ihnen vorgesehenen Einsparungsmaßnahmen auch in dem Rahmen gehalten werden können, in dem wir uns das vorgenommen haben?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl:** Herr Abgeordneter Probst! Ich darf noch einmal sagen, daß die voraussichtlichen Kosten für die Schulbuchaktion in diesem Jahr 995 Millionen Schilling betragen werden. Das Präliminare war 1 060 Millionen Schilling. Das heißt, hier wird eine Einsparung mit Sicherheit erfolgen. Es ist so, daß die Reduzierung der Höchstbeträge, die die Buchausstattung für einen Schüler kosten darf, die Schulen zu noch sorgfältigerer Auswahl als bisher zwingen wird. Es wird ja immer wieder der Vorwurf erhoben, daß Bücher bestellt werden, die dann nicht gebraucht werden.

In einem Informationsblatt, das Eltern und Schüler erhalten haben, das der Herr Unterrichtsminister und ich gemeinsam unterschrieben haben, werden außerdem Eltern und Schüler darauf aufmerksam gemacht, daß es sinnvoll ist, Bücher aufzuheben, weil ja der Schulstoff einer Klasse sehr oft in den folgenden Klassen und bei Abschlußprüfungen wieder benötigt wird, und auch darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn man meint, das Buch nicht mehr zu brauchen und wenn das Buch noch neuwertig ist, das ist eine Voraussetzung, man es dann der Schule zur Verfügung stellen soll.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Matzenauer.

Abgeordneter **Matzenauer (SPÖ):** Frau Bundesminister! Es ist sehr erfreulich zu hören, daß es schon in den vergangenen Jahren infolge effizienter Kontroll- und Sparmaßnahmen und auch infolge der Limitfestsetzung, die den Bedarf an Büchern für die einzelnen Schulstufen regelt, gelungen ist, die Schulbuchaktion kostengünstig zu gestalten und trotzdem zu garantieren, daß alle Kinder die notwendigen Bücher erhalten.

Trotzdem ist die Schulbuchaktion immer wieder zum Gegenstand von Diskussionen gemacht worden. Zuletzt auch im Familienpo-

**Matzenauer**

litischen Beirat Anfang 1983. Damals wurde vom Katholischen Familienverband der Vorschlag erstattet, die unentgeltlichen Schulbücher durch eine Geldleistung, die nach Grund-, Mittel- und Oberstufe gestaffelt sein sollte, zu ersetzen. Die Frau Abgeordnete Hubinek hat ja auch diesem Vorschlag zugestimmt.

Mich würde interessieren, Frau Bundesminister, welche finanziellen Auswirkungen die Verwirklichung dieses Vorschlages für den Familienlastenausgleichsfonds hätte.

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl:** Herr Abgeordneter Matzenauer! Die Verwirklichung dieses Vorschlages hätte einen Mehraufwand von 200 bis 300 Millionen Schilling im Jahr erfordert. Das ist den Mitgliedern des Familienpolitischen Beirates bei der Beratung auch mitgeteilt worden.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Bayr.

Abgeordneter **Bayr** (ÖVP): Frau Bundesminister! Sie haben auf die Anfrage Frau Kollegin Hubinek gegenüber erklärt, daß Sie nicht bereit sind, das volkswirtschaftlich nicht vertretbare und zudem erzieherisch schädliche Schulbuchsystem zu ändern. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich frage Sie daher, wie Sie diese mangelnde Bereitschaft, ein sparsameres System einzuführen, mit den ständigen Beteuerungen der Regierung in Einklang bringen, der Bevölkerung immer neue Belastungen zumuten zu müssen, um das Budget sanieren zu können?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Elfriede **Karl:** Herr Abgeordneter Bayr! Ich darf Ihnen dazu mitteilen, daß seit vielen Jahren die Kosten für die Schulbuchaktion fast unverändert sind, obwohl Buchpreise steigen, obwohl Schülerzahlen in weiterführenden Schulen, wo die Bücher eben wesentlich teurer sind als in der Volksschule und in der Hauptschule, nicht zurückgegangen, sondern teilweise gestiegen sind. Das heißt, es gibt eine Menge von Sparmaßnahmen im geltenden System. Eine davon ist die Festsetzung von Höchstbeträgen, eine andere sind Rabatte, die die Schulbuchhändler ihrem Umsatz entsprechend zu leisten haben und eine ganze Reihe anderer Sparmaßnahmen mehr.

Ich bekenne mich zur Sparsamkeit. Ich muß Ihnen aber auch dazu sagen, daß erstens rund zwei Drittel der Schulbücher solche sind, die nicht weitergebbar sind, weil es entweder Arbeitsbücher sind oder Bücher, die für mehrere Schulstufen gelten, daß auch in dem Angebot, das an sich weitergebbar ist, solche sind, wie zum Beispiel Fachbücher an den HTLs, auf die die Schüler weiter aufbauen können und die jedenfalls auch für die Abschlußprüfungen verwertbar sind, und daß der kleine Rest, der dann für eine Weitergabe bliebe, zu keiner Verbilligung führen könnte, weil die Bücher dann aufwendiger, das heißt fester ausgestattet werden müßten und weil auch die Verwaltung eines solchen Leihsystems etwas kostet. Sie dürfen nicht vergessen, daß die Durchführung einer solchen Aktion natürlich auch ein gewisses rationelles Vorgehen erfordert. Wir haben immerhin rund 7 000 Schulen, und wir haben fast 1,4 Millionen Schüler, die etwa 12 Millionen Bücher kriegen. Und hier ist auch dieses System das rationellste.

Es würden keine Einsparungen durch ein Leihsystem entstehen, aber pädagogische Nachteile. Es würde schwieriger, die Bücher an Änderungen des Lehrstoffes anzupassen. Es würde die Methodenfreiheit der Lehrer eingeschränkt, und es würde schwieriger die Weiterentwicklung von Büchern für kleine Gruppen von Schülern.

Ich kann daher Ihre Bemerkung, daß dieses System erzieherisch nachteilig ist, nicht teilen und auch nicht Ihre Bemerkung, daß es volkswirtschaftlich falsch wäre. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

**Präsident:** Die Fragestunde ist beendet.

**Einlauf und Zuweisungen**

**Präsident:** Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 705/AB und 706/AB eingelangt sind.

Dem Verfassungsausschuß weise ich die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge zu, und zwar:

Antrag 103/A der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 geändert wird, und

Antrag 104/A der Abgeordneten Marsch, Dkfm. DDr. König, Grabher-Meyer und

4604

Nationalrat XVI. GP — 54. Sitzung — 28. Juni 1984

**Präsident**

Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bezügegesetz geändert wird.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner: „An das Präsidium des Nationalrates

Der Herr Bundespräsident hat am 26. Juni 1984, Zl. 1003-12/11, folgende Entschließung gefaßt:

Auf Vorschlag des Bundeskanzlers betraue ich für die Dauer der Verhinderung des Bundesministers für soziale Verwaltung Alfred Dallinger innerhalb des Zeitraumes vom 26. Juni bis 1. Juli 1984 den Bundesminister für Finanzen Dr. Herbert Salcher mit der Vertretung.

Hievon beehre ich mich, mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Für den Bundeskanzler  
Dr. Krausam  
Ministerialrat“

**Präsident:** Dient zur Kenntnis.

**Zweite Lesung der Regierungsvorlage (320 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das IAKW-Finanzierungsgesetz geändert wird (3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle)**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigem Punkt:

Zweite Lesung der Regierungsvorlage (320 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das IAKW-Finanzierungsgesetz geändert wird (3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle), für deren Berichterstattung dem Finanz- und Budgetausschuß vom Nationalrat eine Frist bis 27. Juni 1984 gesetzt worden ist.

Gemäß § 44 Absatz 3 der Geschäftsordnung hat nach Ablauf einer derartigen Frist die Verhandlung in der dem Fristablauf nachfolgenden Sitzung selbst dann zu beginnen, wenn ein schriftlicher Ausschußbericht nicht vorliegt.

Da dies der Fall ist und auch kein Berichterstatter gewählt wurde, ersuche ich gemäß § 44 Absatz 4 der Geschäftsordnung den Obmann des Ausschusses, Herrn Abgeordneten Mühlbacher, mündlich zu berichten.

Berichterstatter **Mühlbacher:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich berichte über die 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle. Gemäß § 1 des IAKW-Finanzierungsgesetzes waren bisher die Baulichkeiten des „Internationalen Amtssitz- und Konferenzentrums Wien“ als Bundesgebäude zu errichten. Dies hat bedeutet, daß die gesamten Kosten für diese Bauten — soweit sie nicht von der Stadt Wien zu tragen waren — vom Bund oder im Wege von Krediten der mit der Errichtung und dem Betrieb dieses Amts- und Konferenzsitzes betrauten Gesellschaft zu finanzieren waren.

Ungeachtet der durch das IAKW-Gesetz gesicherten Finanzierung bestand jedoch insbesondere im Hinblick auf die dadurch erwachsenden gesamtwirtschaftlichen Vorteile das Interesse Österreichs, finanzstarke arabische Partner in die Finanzierung des Österreichischen Konferenzentrums mit einzubinden. Diese Beteiligung konnte nun verwirklicht werden, und zwar unter für Österreich ausgesprochen günstigen Bedingungen. Diese Beteiligung an der das Österreichische Konferenzzentrum errichtenden Gesellschaft soll mit 1. November 1984 wirksam werden.

Die vorliegende Regierungsvorlage schafft die für eine solche Beteiligung im Bereiche des IAKW-Finanzierungsgesetzes notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen. Die vorliegende Regierungsvorlage wurde in der auf die Unterzeichnung der Kreditverträge folgenden Sitzung des Ministerrates beschlossen und unverzüglich dem Nationalrat zugeleitet. Unmittelbar nach ihrem Einlangen waren die beiden Regierungsfractionen bemüht, einen Termin für einen Finanzausschuß zur Beratung der 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle einvernehmlich zwischen allen Fraktionen dieses Hauses zu koordinieren. Dies erwies sich jedoch — aus welchen Gründen auch immer — als unmöglich.

Seitens der Regierungsfractionen war jedoch unter allen Voraussetzungen sicherzustellen, daß entsprechend den in der Zwischenzeit eingegangenen internationalen Verpflichtungen die Rechtsgrundlage für das neue IAKW-Finanzierungsmodell rechtzeitig, also vor dem 1. November 1984, geschaffen werden kann.

Im Hinblick auf einen möglichen Einspruch des Bundesrates kann aber ein zeitgerechtes Inkrafttreten der vorliegenden IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle nur sichergestellt werden, wenn die Beschlußfassung durch den Nationalrat während der Plenumstage in der

**Mühlbacher**

Zeit vom 26. bis 28. Juni 1984 erfolgt. Die beiden Regierungsfractionen haben daher in der Plenumsitzung am 14. Juni einen Fristsetzungsantrag zur gegenständlichen Vorlage bis 27. Juni dieses Jahres eingebracht, den in weiterer Folge der Nationalrat auch beschlossen hat.

Da es bedauerlicherweise zu keiner einvernehmlichen Anberaumung eines Finanzausschusses gekommen ist, liegt auch kein schriftlicher Ausschußbericht vor. Als Obmann des Finanzausschusses hatte ich daher gemäß § 44 Abs. 4 der Geschäftsordnung den gegenständlichen Bericht zu erstatten.

Falls Wortmeldungen vorliegen, darf ich den Herrn Präsidenten ersuchen, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Ausschußobmann für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Steinbauer.

10.14

Abgeordneter **Steinbauer** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir stehen heute vor der vorläufigen gesetzlichen Schlußakte einer der traurigsten Geschichten der letzten Jahre, nämlich der traurigen Geschichte des Konferenzentrums. (*Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei der SPÖ.*) Ich bitte jene Kollegen von der sozialistischen Regierungsfraction, die jetzt gemurrt haben, mit mir ganz ruhig einmal nachzudenken, ob es nicht auch die traurige Geschichte der Irreführung der Öffentlichkeit war. Daß es eine traurige Geschichte der Verschwendung ist (*Abg. Fister: Durch Sie!*), ist ebenfalls klar, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Seit neuestem ist es auch der traurige Beleg der Hilflosigkeit dieser Regierung, denn wie man in diesen Vertrag letztlich rettungslos hineinschlitterte, das ließ sich schon nicht mehr überbieten, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraction.

Ich rede mit den Kollegen von der freiheitlichen Fraction deswegen nicht, weil diese ja auch gegen das Konferenzzentrum waren, nur durch die Regierungsbeteiligung vor einem Jahr haben Sie nichts mehr zu sagen von ihren alten Standpunkten.

Meine Kollegen von der Sozialistischen Partei, bitte überlegen Sie einmal, welche Formen die Irreführung der Öffentlichkeit durch die Regierung im Zusammenhang mit dem Bau des Konferenzentrums angenommen hat. Ich erinnere: Sie haben plakatiert, daß es nicht gebaut wird. Heute können Sie sich den Baufortschritt dort ansehen. Sie haben eine parlamentarische Prüfung zugesagt, gleichzeitig wurde der Bau begonnen, und Sie haben es — einschließlich in Ihrem Zentralorgan — als Geschenk der Araber bezeichnet, und heute werden Sie bitter dafür aufstehen müssen, daß wir alle miteinander, alle Steuerzahler, das Schilling um Schilling zu bezahlen haben, denn von einem Geschenk kann keine Rede sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein Wort zur Hilflosigkeit gegenüber diesem Vertrag. Am 7. 6. 1984 kamen die Vertreter der arabischen Mächte zur Unterzeichnung zusammen, aber ich bitte doch noch einmal zu überlegen, was die Vorgeschichte dieser Vertragsunterzeichnung war. Sie erkennen daran die ganze Traurigkeit der Geschichte rund um das Konferenzzentrum. Runde um Runde hier im Parlament mußte der Finanzminister neue Ausreden finden, um Ihnen unten im Klub oder hier im Plenum zu erklären, warum noch immer nicht unterzeichnet wird. Er hat Ihnen eine Zeitlang erklärt, es käme nur kein Termin zustande. Dann ist es irgendwem öffentlich herausgerutscht, daß die Araber untereinander noch gar nicht einig sind, wer welchen Anteil hat — dann endlich ist es fast soweit gewesen.

Aber damit wirklich alles stimmt bei diesem Vertrag, darf ich die sozialistischen Kollegen noch einmal daran erinnern, was sich in den Tagen vor der Vertragsunterzeichnung abgespielt hat. Die Araber saßen in den Flugzeugen, mutmaßlich schon zur Anreise, aber es war nun auf einmal nicht mehr sicher, ob sie hier noch einen Finanzminister vorfinden, der mit ihnen für die Österreicher unterzeichnet, denn während der Anreise der arabischen Partner war das Schicksal dieses Finanzministers nicht nur unsicher, sondern er war ja fast schon verschwunden als Finanzminister. (*Abg. Dr. Graff: 9 zu 1!*)

„Fred, so geht das nicht!“, hieß es. Der Finanzminister erklärte öffentlich, daß er zu 80 Prozent schon zurückgetreten ist, und es bedurfte des „Vaters“ dieses Vertrages, der aus Hannover herbeieilen mußte, um zu dem zu führen, was die Rettung des Finanzministers und damit die Rettung des Unterzeichnungsaktes wurde. (*Zwischenrufe des Abg. Fister.*)

## Steinbauer

Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß einige von den sozialistischen Kollegen bibelfest sind. Die Szenen, die sich damals abgespielt haben, erinnern mich an eine Begebenheit aus der Bibel: Der Herr kam vorüber am Hause seines Freundes, der bereits seit drei Tagen tot war, er erweckte ihn wieder zum Leben, und Lazarus kam heraus — bandagiert wie er war — und ward zum Leben erweckt. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Dieser Akt eines „politischen Lazarus“ findet folgende Fortsetzung, wenn Sie die Bibel weiterlesen: Über Lazarus wurde nach seiner Wiedererweckung nicht mehr viel geschrieben. Er hat nicht mehr viel zustande gebracht, und er ist heute noch der Heilige der Aussätzigen.

Meine Damen und Herren! Die Geschichte der Hilflosigkeit des Finanzministers, der kurz vor seinem politischen Tod stand, geht aber bis in jedes Detail dieses Vertrages. Denn unser „politischer Lazarus“ hat Ihnen heute mit diesem Gesetzentwurf eines wirklich zur Abstimmung vorgelegt *(Abg. Dr. Preiß: Geschmacklos!)*: Einen Vertrag und ein Gesetz, wonach der österreichische Steuerzahler eines Tages Schilling um Schilling das zahlen muß, was heute scheinbar arabische Hilfe ist. *(Abg. Dr. Graff: Und viel mehr!)*

Er hätte jederzeit günstigere Konditionen allüberall in New York oder in der Schottengasse, in den Banken Österreichs oder in Zürich bekommen können, aber nein, es muß ein Vertrag mit den Arabern sein, denn sein geistiger Vater, der Herr Kreisky, wollte es so, und so haben wir jetzt endlich den Vertrag auf dem Tisch *(Abg. Dr. Zittmayr: Gesehen haben wir ihn noch gar nicht!)*, und so haben wir jetzt das Gesetz vor uns. Nur bitte, es ist ein Vertrag beziehungsweise ein Gesetz, das für den österreichischen Steuerzahler letztlich eine ungünstige Lösung darstellt und damit ein Versagen des Finanzministers, dessen Verpflichtung es gewesen wäre, günstigere Lösungen herbeizuführen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was sind die zentralen Fragen, die Ihnen heute zur Debatte vorliegen?

Erstens: Der Finanzminister hat bessere Möglichkeiten an der Hand gehabt und mißachtet. Er hatte bessere Konditionen für die Finanzierung dieses Konferenzentrums an der Hand und er hat sie mißachtet. *(Bundesminister Dr. Salcher: Stimmt nicht!)*

Zweitens: Er legt Ihnen heute einen Vertrag beziehungsweise ein Gesetz vor, in dem der österreichische Steuerzahler letztlich die totale Risikoübernahme zu tragen hat *(Abg. Fister: Es steht ja auch in Österreich!)*, die totale Risikoübernahme dafür, daß Araber im wesentlichen Ausmaß hier bestimmen können, was mit dem geschieht, von dem Sie so schön sagten, es stehe ja auch in Österreich. Die Araber werden dann sagen, was damit geschieht, aber das Risiko tragen wir.

Drittens: Sie stimmen heute letztlich für ein Konferenzzentrum, das heute schon als ein unwirtschaftliches Projekt erkennbar ist. Das Ganze unterm Strich: der klassische Fall einer Verschwendung von Steuermitteln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum ersten: die Mißachtung besserer Möglichkeiten. Wenn Sie das „Arabergeld“ durchrechnen, ist erstens einmal die These „Da wird alles finanziert“ natürlich nicht mehr aufrechtzuerhalten; 1,5 Milliarden von 4,2 Milliarden, oder was immer das Ding dann schlußendlich kosten wird, sind nicht die ganze Übernahme. Aber wenn Sie die 6 Prozent Dividendensatz etwa mit dem Grenzsteuersatz, da dieser steuerfrei ist, durchrechnen, kommen Sie auf Prozentsätze der Verzinsung von fast 17 Prozent.

Meine Damen und Herren! Dafür hätte es billigeres Geld gegeben, und ich sage Ihnen auch wo.

Herr Bundesminister für Finanzen! Wir wissen, daß Ihnen dezidiert bessere Möglichkeiten im Inland angeboten wurden. Wir wissen dies nicht nur hinsichtlich des öffentlich bekannten Briefes von Generaldirektor Androsch. Wir wissen dies auch aus einer Fülle anderer Informationen, wo maßgebliche Herren der österreichischen Bankenwelt Ihnen dezidiert angeboten haben, zu einer vergleichbaren oder sogar zu einer günstigeren Finanzierung jederzeit zur Verfügung zu stehen. Herr Finanzminister! Sie wissen es auch, 1,5 Milliarden kann man heute in Österreich leicht ohne „Zest“ zu 8 Prozent, mit „Zest“ zu 8,5 Prozent auftreiben. Sie wissen, es wäre angesichts der gegenwärtigen Situation der österreichischen Banken — das gilt schon für das letzte Jahr — jederzeit möglich gewesen, wenn Sie nur gewollt hätten, wenn Sie nicht zum hilflosen Vollzugsorgan Ihres geistigen und politischen Vaters Kreisky geworden wären, eine günstigere Lösung zu finden.

Meine Damen und Herren von der Regie-

**Steinbauer**

rung! Sie müssen heute gegenüber dem österreichischen Steuerzahler mittragen, daß der Finanzminister, weil er eine arabische Lösung aufgedrängt bekommen hat, die ungünstigere arabische Lösung gewählt und bessere Möglichkeiten im Inland in den Wind geschlagen hat. Dies ist der klassische Fall einer Verschwendung von Steuermitteln, denn jeder Schilling, der günstiger plazierte worden wäre, wäre eine verantwortungsvollere Verwendung gegenüber dem Steuerzahler gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Finanzminister! Sie wissen auch, daß die Dollaranleihe, die Sie vor einer Woche oder zehn Tagen öffentlich aufgelegt und inzwischen auf Gulden übertragen haben, zu günstigeren Bedingungen Geld nach Österreich bringt, als es uns die Araber mit dem Konferenzzentrum geben.

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien! Überlegen Sie sich einmal, was man Ihnen heute zumutet. Sie müssen heute für einen Arabervertrag aufstehen, der sich sogar schlechter rechnet als die Anleihe, die Ihr Finanzminister vorige Woche in der Welt öffentlich aufgenommen hat. Sie müssen heute für einen Arabervertrag aufstehen, der schlechter ist als das, was österreichische Banken seit Monaten Ihrem Finanzminister anbieten. Meine Damen und Herren! Das heißt, Sie heute dazu aufzufordern, für die Verschwendung in dieser Republik Ihr Ja zu sagen.

Ein paar Details nur zur Erinnerung; Sie wissen das alle, aber vielleicht hat man Ihnen das im Klub nicht so deutlich gesagt. Überlegen Sie einmal, welche Konditionen man den arabischen Partnern anbietet! Da wird ihnen nach 14 Jahren eine Wahlmöglichkeit eingeräumt. Das Währungsrisiko wird schwerewichtig auf Österreich gelegt. Die Araber haben fast kein Währungsrisiko, denn sie haben einen Doppelweg. Sie können, wenn der Dollar günstig ist, über Dollar gehen, immer aber haben sie die Möglichkeit, mit 25 Prozent Agio einen anderen Weg zu gehen. Sie haben drittens volle 36 Jahre zur Verfügung, den Zeitpunkt auszusuchen, der in der Gesamtwährungslage für sie am günstigsten ist.

Meine Damen und Herren! Der Vertrag, der hier abgeschlossen wird, ist österreichischerseits auch der Ausdruck der Hilflosigkeit in internationalen Verhandlungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nach 14 Jahren können die Araber das

Ding bis zu 50 Jahre weiterlaufen lassen und das Geld zu dem Zeitpunkt abrufen, der ihnen am günstigsten erscheint.

Hat Ihnen irgendwer im sozialistischen Klub einmal eine einfache Rechnung vorgezeichnet, wie das Ding allein bei den Zinsen aussieht, wenn diese 50 Jahre ticken? Hat Ihnen das der Finanzminister bei der Rechenschaft im SPÖ-Klub vorgerechnet? — Wenn nicht, dann bitte ich, folgende schlichte Zinsrechnung, an der nicht zu rütteln ist, selbst mitzuschreiben.

50 Jahre sind im Vertrag eingeräumt, er kann sagen, sie werden das nicht ausnutzen, aber es ist im Vertrag eingeräumt. 50 Jahre lang 6 Prozent Dividende sind nun einmal 90 Millionen Schilling jährlich, und dann noch 25 Prozent Agio. Sie kommen allein an Zinsen, wenn die Araber meinen, sie lassen das Ding ticken, weil der Taxameter ohnehin von selber rennt, auf über 4,5, auf fast 5 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Das ist ein verschwenderischer Vertrag, der hier vorliegt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider hat man Ihnen weder die 5 Milliarden Schilling an österreichischen Steuergeldern für Zinsendienste bei 50 Jahren Laufzeit vorgerechnet noch Ihnen wahrscheinlich reinen Wein über all das eingeschenkt, was im Syndikatsvertrag und in den Bestimmungen des Gesetzes, die nun diesen Vertrag absichern, drinnensteht.

Ich frage die Damen und Herren von der sozialistischen Mehrheit, ob ihnen der Finanzminister gesagt hat — außer, daß die Araber nun endlich wirklich unterschrieben haben, allgemeine Erleichterung, das kam ja zu dem politisch denkbar ungünstigsten Zeitpunkt für den Finanzminister, deswegen ist es auch untergegangen —, was alles in dem Vertrag steht.

Hat man Ihnen gesagt, daß wir natürlich alle bisherigen Leistungen einbringen, daß auch das, was jetzt schon verbaut ist, selbstverständlich einmal geschluckt wird?

Hat man Ihnen gesagt — natürlich hat man Ihnen gesagt, daß es Dividenden gibt —, daß die Dividenden so schottendicht abgesichert sind, daß sogar Vorsorge für den Konkursfall getroffen ist. Bitte, der Vertrag ist so schön, es müssen wirklich aner kennenswerte arabische Rechtsgelehrte dies nach den besten Erfahrungen alter islamischer Geschäftstradition

**Steinbauer**

überprüft haben, denn sogar im Fall des Konkurses — sogar im Fall des Konkurses! — werden die Araber noch freigestellt, und alles wird für sie getan, die Republik verbürgt das.

Meine Damen und Herren! Bei einem Konferenzzentrum, von dem man sowieso sagt, daß es defizitär sein wird, sein muß, ist es fast selbstverständlich, daß die Araber auch die Defizitabsicherung haben. Für Arabiens Söhne wird es keine Gefahr, kein Risiko in diesem Vertrag geben. Zahlen, zu deutsch, wird es, weil es ein echter Verschwendungsvertrag ist, der österreichische Steuerzahler, weil der Herr Finanzminister glaubt, auf dessen Rücken alles austragen zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann so Finessen wie das Management: Ich glaube, der Finanzminister hat nicht ausgelotet, was alles in den Managementbedingungen enthalten ist: ein paritätischer Vorstand, zwei Vorstandsmitglieder, mutmaßlich ein Österreicher, vermutlich ein Araber, kein Dirimierungsrecht. Der arabische Freund kann alles blockieren, was ihm nicht gefällt.

Es können auf einmal Bedingungen für Konferenzen im Konferenzzentrum aufgestellt werden, die ich hier gar nicht ausmalen will, denn es spiegelt sich möglicherweise eine Krise im arabischen Raum dann in den Bedingungen für Konferenzen, die hier abgeführt werden. Es ist ja denkbar, daß der Vorstandsleiter dann plötzlich sagt, gewisse Länder dürfen nicht eingeladen werden, Vertreter gewisser Länder dürfen nicht anwesend sein. Und da es kein Dirimierungsrecht gibt, kann der Vorstand jederzeit alles verhindern.

Es kann, wenn der Aufsichtsrat vierköpfig wird, was dem gegenwärtigen Partnerzustand entsprechen würde, das Nichterscheinen eines Aufsichtsrates die Beschlußfähigkeit blockieren.

Meine Damen und Herren! Ihrem Finanzminister Salcher ist es gelungen, nach dem legendären polnischen Veto nun offenbar das arabische Veto einzuführen. Ob der Aufsichtsrat blockiert wird, kann einer in Kuwait entscheiden, indem er nicht einmal anreist: Das hat man Ihnen in diesen Vertrag hineingeschrieben.

Ich will hier gar nicht ausbreiten, was alles denkbar ist, sonst kriegen die arabischen Freunde vielleicht noch Einfälle, was denkbar ist an Managementsalär, an Übernahme von sonstigen Kosten, was denkbar ist unter Arti-

kel 13 — nähere Bedingungen hinsichtlich der Hotelerrichtung —; darüber muß noch Einigkeit erzielt werden, wobei vorher schon sichergestellt ist, daß natürlich das Grundstück unter dem sehr interessanten Titel „zu angemessenen Bedingungen“ übertragen wird. Aber die näheren Bedingungen für dieses arabische Hotel werden einer näheren Einigung noch unterzogen werden.

Ich sehe schon neben dem Konferenzzentrum in Kagran das Hotel „Al Tschumburia“, errichtet aus den Mitteln des österreichischen Steuerzahlers, dessen laufende Betriebskosten natürlich voll finanziert sind, weil das rennt ja wahrscheinlich dann mit dem Konferenzzentrum mit.

Damit bin ich bei einem Punkt, den ich auch noch in Erinnerung rufen möchte. Wir müssen uns im klaren sein, daß durch das Hoffen auf arabische Geschenke vielleicht mancher Kollegin und manchem Kollegen in der sozialistischen Fraktion in Vergessenheit geraten ist, daß dort ein Projekt fertiggebaut wird, die überdimensionierte Konferenzmaschine, deren Nichtwirtschaftlichkeit heute schon klar ist. Sie werden diese riesige Maschine, für die Sie Tag für Tag Betriebskosten haben, nicht füllen können. Und alle Analysen und alle Aussagen von Fremdenverkehrsfachleuten sagen heute schon, daß es kaum denkbar ist, kosten- und nutzengünstig dieses Konferenzzentrum wirklich zu füllen.

Deswegen ist ja auch Ihr sozialistischer Vertragspartner Gemeinde Wien schon halb ausgestiegen, denn Ihr Kollege Stadtrat Mayr war natürlich auch deswegen ein Kandidat für den nächsten Finanzminister, weil er besser rechnet als Finanzminister Salcher. Stadtrat Mayr hat sich schon längst ausgerechnet, daß bei dem Konferenzzentrum für die Gemeinde Wien außer Kosten nichts zu erben ist, und Sie konnten fast nur mit Gewaltmaßnahmen, daß er nicht ganz ausschert, in jenem Teil die Gemeinde Wien drinnen halten, den Sie nun im Vertrag gerettet haben, was im Gesetz auch Niederschlag gefunden hat. Aber bei den Betriebskosten, beim tickenden Taxameter täglicher Betriebskosten, da ist er natürlich nicht mehr dabei, denn Mayr kann besser rechnen als Salcher; ein Lebensgrundsatz, den Sie in der sozialistischen Fraktion wirklich beherzigen sollten.

Bis zur Stunde konnte Salcher neben den Betriebskosten die Wirtschaftlichkeit kommender Großkonferenzen, die wir in dem Ausmaß, wie wir die Maschine errichten, gar nicht hierherziehen können, nicht vorführen.

**Steinbauer**

Wir werden darauf zurückkommen, wenn das erste Jahr der Abrechnung vorliegt. Sie werden sehen, dieses Konferenzzentrum war, weil es zu groß dimensioniert ist, nicht zu füllen, und es wurde nicht gefüllt. Und der österreichische Steuerzahler wird neuerlich Schilling um Schilling in diesen Verschwendungsapparat hineinbuttern müssen, denn die Araber sind freigestellt von solchen Defizitüberlegungen. Das müssen wir alle zahlen, dafür sind die Österreicher dem Vertrag nach und dem Gesetz nach, für das Sie stimmen, gut genug.

Die Kosequenz aus all dem, was Sie heute mit Mehrheit der sozialistischen Regierungsfraktion — samt Anhang — beschließen:

Erstens: Der Steuerzahler muß das Konferenzzentrum in Kagran zahlen, auch dort, wo anscheinend vorübergehend Araber einspringen.

Zweitens: Der Steuerzahler muß auch all die Gewinne — sprich garantierte Dividende, sprich Nebenkosten, sprich Agio, sprich Management-Fel —, die die arabischen Freunde auch noch haben, Schilling um Schilling zahlen.

Drittens: Der Steuerzahler muß Schilling um Schilling die Betriebskosten zahlen, ob dort eine Konferenz drin ist oder nicht, und er muß möglicherweise noch mehr zahlen, wenn Großkonferenzen dort wirklich drin sind.

Viertens: Der Steuerzahler kann in vielen Punkten nicht mitreden, weil der Arabervertrag nicht einmal die österreichischen Verantwortlichen mit Mitsprache ausstattet, das Risiko zu vermindern. Denn überlegen Sie: Was würden Sie in einem Vertrag tun, wo Sie eh Risikoabsicherung haben und wo der Partner alles ausbaden muß? — Sie würden auch glücklich das verlangen, was Ihnen gerade in den Sinn kommt, und sagen: Der andere muß eh für das Risiko zahlen, bei mir stimmt es am Jahresende.

Es wurden den Arabern Steuersonderrechte eingeräumt, wobei nicht einmal ahnungsweise versucht wurde, Gleiches oder ähnliches für uns in arabischen Ländern zu verlangen. Steuersonderrechte wurden lässig in diesem Vertrag und in diesem Gesetz, wo der Vertrag Niederschlag findet, eingeräumt, von denen Österreicher nicht einmal träumen. Man hätte doch versuchen können, reziproke Rechte in arabischen Ländern für uns zu bekommen; aber daran war nicht zu denken.

So haben Sie also heute vor, Ihre Stimme einem Vertrag und einer Gesetzesnovellierung zu geben, wie es Kreisky irgendwann einmal erfunden hat, wie es Salcher durch dick und dünn, auch dann, als schon erkennbar war, daß das ein schlechter Vertrag wird, daß es bessere Lösungen gibt, bis zur Hilflosigkeit durchgetragen und letztlich zur Unterzeichnung gebracht hat, einem Vertrag und einer Gesetzesänderung, bei der Ausländer alle Vorteile, Österreicher alle Nachteile haben. Das ist ein Verschwendungsvertrag, eine Verschwendungsgesetzesnovellierung, die die Regierung heute zu beschließen hat, zu der wir nein sagen, weil wir meinen, so kann man mit Steuergeld nicht umgehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* <sup>10.41</sup>

**Präsident:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Nowotny.

<sup>10.41</sup>

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich finde es schon erstaunlich, daß einem so wendigen Geist wie dem Herrn Abgeordneten Steinbauer heute in seiner Rede absolut nichts Neues eingefallen ist, wenn man von geschmacklosen Bibelzitate absieht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Bergmann: Wieso ist die Bibel geschmacklos?)* Sie haben völlig recht, Herr Bergmann. Nicht die Bibel meine ich, sondern den Herrn Abgeordneten Steinbauer: die geschmacklose Verwendung von Bibelzitate. Das war es nämlich wirklich, wenn Sie ein bißchen Sinn für Anstand haben. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Beim Anhören dieser Rede ist mir eingefallen, daß es in der Nationalökonomie ein Gesetz des sinkenden Grenznutzens gibt. Wenn man sich nun heute die x-te Rede anhört, die von seiten der ÖVP zu diesem Thema gehalten wird, so sieht man, daß dieses Gesetz vom sinkenden Grenznutzen ganz offensichtlich auch im politischen Leben seine Wirkung hat.

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, auch durch stetes Wiederholen werden Ihre Argumente nicht besser, im Gegenteil! Sie werden abgenutzt, schwächer und nicht mehr verwendbar. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn der Herr Kollege Steinbauer, der sich als Experte für Propaganda profiliert hat — manche Leute aus Ihrem Lager meinen, als Experte für Intrigen —, zum Rednerpult kommt, gelingt es ihm sicherlich nicht, als Finanzexperte hier aufzutreten. Man wird es

4610

Nationalrat XVI. GP — 54. Sitzung — 28. Juni 1984

**Dr. Nowotny**

ja ganz deutlich merken, und ich werde darauf konkret eingehen, daß hier sehr vieles falsch gesehen ist. *(Abg. Dr. Zittmayer: Warum haben Sie denn das Gesetz nicht im Finanzausschuß behandelt?)*

Ich denke dabei an das schöne Goethe-Wort; Goethe hat einmal gesagt: Getretener Quark wird breit, nicht stark. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn Sie Ihre Polemik noch so breittreten, stärker werden Ihre Argumente deshalb doch nicht! *(Abg. Dr. Etmayer: Eine Leuchte der Wissenschaft!)*

Meine Damen und Herren von der ÖVP, ich verstehe schon, daß Sie sich heute mit Ihrer Argumentation ziemlich schwer tun. Denn erstens, und das muß man einmal festhalten, wird heute über einen Vertrag gesprochen, von dem Sie ja selber die ganze Zeit behauptet haben, er werde nie unterschrieben werden. Heute liegt dieser Vertrag vor, Sie konnten ihn ausreichend studieren. Sie wollten offensichtlich nicht darüber diskutieren, Sie werden schon wissen, warum Sie diese Diskussion verweigert haben. Aber Sie hatten genug Zeit, und wir haben Ihnen ja einen Termin angeboten. Sie haben sich dem Termin auf jeden Fall entzogen.

Es hat sich bestätigt, was unsere Position war. *(Abg. Dr. Zittmayer: Mir ist kein Termin angeboten worden!)*

Wir haben immer erklärt: Wir lassen uns von der ÖVP in dieser Sache nicht treiben. Wir werden diesen Vertrag gründlich und seriös aushandeln, so daß das beste Ergebnis für Österreich herauskommt. Das wurde erreicht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte an dieser Stelle dem Finanzminister und seinen Mitarbeitern den Dank und die Anerkennung unserer Fraktion für diesen Erfolg aussprechen. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Dem Kreisky müssen Sie noch danken!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sollte aber an dieser Stelle doch auch nicht untergehen, daß die Novelle, die uns heute vorliegt, keine Mehrbelastung bringt. Das ist ja keine Novelle, die zusätzliche Ausgaben bringt, sondern im Gegenteil eine Novelle, die eine massive finanzielle Entlastung des Bundes bringt. Es ist schon eine große Kunst von Ihnen, über eine Novelle zu sprechen und dieses Element der finanziellen Entlastung mit keiner einzigen Silbe zu erwähnen.

Die Entlastung ist in einer Größenordnung, wenn man Kapital und Zinseneffekt zusammenzählt, von rund 2 Milliarden Schilling. Ich finde es schon sehr eigenartig, daß eine Partei, die stets für finanzielle Entlastungen eintritt, die angeblich für Sparsamkeit eintritt, die finanzielle Entlastung, die in dieser Novelle enthalten ist, ablehnen will. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayer.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann das nur wieder als einen Beweis für die wirtschaftspolitische Inkonsequenz werten, die wir seit einiger Zeit bei der ÖVP sehen müssen. Dieselbe Inkonsequenz, die Sie dazu veranlaßt, massive Steuersenkungen vorzuschlagen, gleichzeitig laufend Ausgabenwünsche zu erheben — wir hatten gestern eine Agrardebatte, die voll von solchen Ausgabenwünschen war — und gleichzeitig immer die Höhe des Budgetdefizits zu beklagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das geht einfach nicht zusammen, diese Argumentation ist nicht schlüssig, im allgemeinen nicht schlüssig, und auch im Fall des Konferenzentrums kann Ihre Argumentation nicht aufrechterhalten werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich jetzt auf die einzelnen Punkte des Vertrages eingehen darf, so ist die Ausgangsposition die, daß nun mit Baukosten in der Höhe von 3,6 Milliarden Schilling zu rechnen ist, was eine erhebliche — auch das ist mit keinem Wort angeführt worden — Reduzierung der Baukosten darstellt, wie sie noch im IAKW-Gesetz 1979 enthalten waren. Damals wurde mit 5 Milliarden Schilling gerechnet, inzwischen konnten wir eine Reduzierung auf 3,6 Milliarden Schilling erreichen.

Diese Reduzierung wurde einerseits erreicht, indem die Kapazität des geplanten Konferenzentrums vermindert wurde. Wenn ich Sie erinnern darf: Die ursprüngliche Kapazitätsplanung betrug 8 700 Plätze. Und weil Kollege Steinbauer hier von überdimensionierter Konferenzmaschine gesprochen hat: Diese Kapazitätsplanung stammt aus dem Jahr 1968. Dreimal dürfen Sie raten, wer damals für diese Kapazitätsplanung verantwortlich war!

Inzwischen beträgt die Kapazität 5 900 Plätze. Das heißt, wir haben eine Anpassung vorgenommen gegenüber überdimensionierten Vorstellungen, die offensichtlich von der ÖVP gekommen sind.

**Dr. Nowotny**

Ein zweiter Grund der wesentlichen Einsparung, die wir vornehmen — auch das soll nicht unter den Tisch fallen —, ist eine überaus effiziente Bauführung. Insgesamt ist es damit gelungen, ein Bauwerk in einer solchen Größenordnung in seinen Baukosten von 5 Milliarden auf 3,6 Milliarden Schilling zu reduzieren. Auch das sollte nicht untergehen.

Nun ist es so, daß in diesem Vertrag eine Aktiengesellschaft als Bauträger und Besitzgesellschaft eingesetzt wird, von der 50 Prozent beim Bund, 50 Prozent bei den arabischen Partnern liegen. Diese Aktiengesellschaft ist mit einem Aktienkapital von 3 Milliarden Schilling ausgestattet, wovon 1,5 Milliarden von den Arabern in bar, in Dollar eingebracht werden. Jeder, der ein bißerl was von der Bankwelt versteht, weiß, daß das zusätzliche Möglichkeiten für die österreichische Seite impliziert. (*Abg. Dr. König: Welche denn?*)

Das kann ich Ihnen sehr gut sagen: aus der Veranlagung dieser Dollar. Das müßten Sie selber auch wissen, weil wir bekanntlich das Konferenzzentrum mit Schilling bauen und sich daher aus dieser Veranlagung — Sie können sich ja selber ausrechnen, wie der Markt derzeit geht — jedenfalls sehr gute zusätzliche Möglichkeiten bieten. Das sollten Sie eigentlich selber wissen.

Dieses Kapital wird nun mit einer garantierten Dividende von sechs Prozent bedient, wobei die Besonderheit darin besteht, daß es sich um eine befristete Beteiligung handelt, und zwar um eine Befristung, die frühestens nach 14 Jahren, längstens nach 50 Jahren aufgelöst wird. (*Abg. Staudinger: Und die Steuerfreiheit, Herr Doktor?*) Ich komme schon noch auf diese Frage, Herr Kollege.

Das heißt also, es ist hier ein Rückkaufpreis ex ante festgelegt, der entweder im ursprünglichen Dollarwert besteht oder im Wert von 1,5 Milliarden Schilling plus einer Prämie von 25 Prozent. Ich glaube, es ist eine wesentliche Verbesserung und hat längeres Verhandeln absolut gerechtfertigt, daß wir jetzt eine Regelung haben, wo ein fixer Rückkaufpreis vereinbart ist, das heißt, wo keine Substanzwertbeteiligung der arabischen Seite gegeben ist, sondern wo wir das ökonomisch — das ist ja der ökonomische Aspekt — als einen ganz simplen Kredit in einer ganz klassischen Form zu sehen haben.

Wenn wir uns jetzt die Belastung ansehen, die sich für den österreichischen Staat ergibt, so sind die zwei Alternativen — Schillingal-

ternative, Dollaralternative — auseinanderzuhalten.

Nehmen wir die Dollaralternative, so heißt das, daß wir mit dem Kredit, der diesem Vertrag zufolge gegeben ist, einen mindestens 14jährigen Dollarkredit zu sechs Prozent haben, wobei die Zinsen bekanntlich in Schilling zu zahlen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich lade Sie ein: Schauen Sie sich die jüngsten Ausgaben der „Neuen Zürcher Zeitung“, schauen Sie sich den Capital Market-Report der Giro-Zentrale an, um sich ein bißchen zu informieren, wie die Konditionen in diesen Bereichen sind. Sie werden sehen, daß es erstens sehr selten ist, daß überhaupt so lange Laufzeiten zustande kommen, und Sie werden zweitens sehen, daß die Verzinsung von Dollarkrediten etwa zwischen 12¼ und 13½ Prozent ist. Das heißt, eine Verzinsung, die weit das Doppelte dessen übersteigt, was wir in Österreich erreichen konnten. (*Abg. Staudinger: Steuerfreiheit, Herr Professor!*) Ich komme schon noch darauf. — Das sind Fakten, die Sie selber aus jeder Lektüre der „Neuen Zürcher Zeitung“ jederzeit ermitteln können.

Jetzt wird gesagt: Dafür muß der österreichische Staat das Wechselkursrisiko tragen. — In einem gewissen Sinn ist das natürlich richtig. So wie für jede Auslandsanleihe besteht auch hier ein Wechselkursrisiko, aber nicht unterschieden von allen anderen Auslandsanleihen, woher immer man sie nimmt.

Nur ist es auch wieder wichtig zu sehen: Der Herr Kollege Steinbauer, dem ich das ja nicht vorwerfe — er ist eben kein Experte für diese Sachen —, hat offensichtlich völlig übersehen, daß man hier unterscheiden muß zwischen Kapitalrückzahlung und Zinsendienst. Das Besondere dieses Vertrages ist ja genau, daß der Zinsendienst in Schilling geleistet wird. Das hat gerade für das Wechselkursrisiko eine enorme Sicherung für den österreichischen Kreditnehmer zur Folge, denn alles das, was wir allenfalls im Kapital währungsmäßig verlieren würden, gewinnen wir auf der anderen Seite aus dem Zinsendienst. Wenn Sie zum Beispiel annehmen, daß wir eine Dollarsteigerung, einen Dollarkurs bis 25 S hätten, so würde das auf der anderen Seite bedeuten, daß sich die Zinsen auf 4,8 Prozent reduzieren. Was Sie also an Kurs verlieren, gewinnen Sie an der Verzinsung und umgekehrt. Genau das ist ein entscheidender Punkt, der in Ihrer Stellungnahme mit keinem Wort erwähnt wurde.

**Dr. Nowotny**

Wenn man die zweite Variante, die Schillingvariante, nimmt, so bedeutet das, daß wir einen Schillingkredit zu 6 Prozent plus 25 Prozent Prämie haben, wobei die Effektivverzinsung, die sich daraus ergibt, abhängig ist von der Laufzeit dieses Kredits. Wenn das 14 Jahre sind, ist es eine Effektivverzinsung von 7,1 Prozent; läuft es länger, ist es eine Effektivverzinsung von 6,6 Prozent. Also wieder im Gegensatz zu dem, was der auf diesem Gebiet nicht sehr bewanderte Kollege Steinbauer gemeint hat, ist es für uns natürlich umso günstiger, je länger der Kredit läuft, denn umso geringer wird der Effektivzinsatz, der hierfür kommt.

Wenn man das mit den Konditionen vergleicht, die sonst zu erzielen sind, ist zu sagen, daß wir gerade jetzt eine Inlandsanleihe aufliegen haben, die eine Rendite von 8,7 Prozent hat. Wenn man davon die ZEST abrechnet, ist das noch immer eine Rendite von 8,1 Prozent gegenüber 7,1 Prozent, die wir hier zahlen. Wiederum ein Vorteil von mindestens einem Prozentpunkt, der zeigt, daß es sich um eine sehr günstige Finanzierungsform handelt, die von niemandem, der die Sache wirklich versteht, bestritten werden kann. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Jetzt komme ich zur Steuerfrage. Bei der Steuerfrage muß man, wie das die Bundesabgabenordnung vorsieht, von der ökonomischen Betrachtungsweise ausgehen. In der ökonomischen Betrachtungsweise handelt es sich hier eindeutig um ein Kreditverhältnis. Das ist auch gerade deshalb, weil die Rückzahlung schon fest vorgegeben ist, ganz eindeutig.

Es ist richtig, es handelt sich um einen Kredit, der zinsentragsteuerfrei ist. Das ist aber keine Besonderheit dieses Kredits, das gilt für alle Fremdwährungskredite. Das gilt genauso für die Fremdwährungskredite, die die Girozentrale auflegt, genauso für die Fremdwährungskredite der Kontrollbank und der Genossenschaftlichen Zentralbank.

Das heißt, wir haben hier eine Regelung, die völlig übereinstimmt mit der Regelung, die für alle österreichischen Emittenten gilt, nur mit dem einen Unterschied: daß diese anderen Emittenten zwischen 11 und 15,5 Prozent zahlen müssen, während wir hier eine Verzinsung von 6 Prozent haben.

Meine Damen und Herren! Wie immer Sie es drehen wollen, es ist dies eine überaus günstige Form der Finanzierung, an der Sie

nichts deuteln können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es bleibt jetzt noch die letzte Frage: Warum wurde das dann nicht doch einfach als Kreditvertrag abgeschlossen, warum ist diese Form des zeitweiligen Eigentums gewählt worden?

Die Antwort ist erstens die, daß bei einer anderen Konstruktionsform ganz offensichtlich so günstige Konditionen nicht zu realisieren gewesen wären. Denn man muß ja aus der Sicht der Kreditgeber davon ausgehen, daß sie so günstige Konditionen nicht jedem geben, sondern daß sich darin ein spezielles Vertrauensverhältnis zu Österreich ausdrückt, ein Vertrauensverhältnis, das nicht zuletzt — das möchte ich sehr betonen — durch das unermüdliche Wirken von Bruno Kreisky geschaffen worden ist.

Ich möchte nicht anstehen, an dieser Stelle zu erklären, daß diese günstigen Konditionen, die wir bekommen haben, daß dieser Vorteil für Österreich zu einem wesentlichen Teil Bruno Kreisky zu verdanken ist. Auch das sollte heute nicht untergehen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben aus dieser Konstruktion heraus die Möglichkeit, speziell günstige Konditionen zu bekommen. Aber ich möchte betonen: Auch von der österreichischen Seite her ist ein spezielles Interesse an einer engeren Einbindung der arabischen Seite in das Konferenzzentrum gegeben. Diejenigen von Ihnen, die ein bißchen in die Welt hinausblicken, wissen, daß die arabischen Staaten einen sehr wichtigen Einfluß in den Staaten der dritten Welt, damit einen sehr wichtigen Einfluß in den Vereinten Nationen haben, daß sie damit einen sehr wesentlichen Einfluß auch auf die Auslastung und Benutzung dieses Konferenzzentrums haben können. Gerade die eigentümliche Einbindung der arabischen Seite stellt einen Vorteil, einen Konkurrenzvorteil für dieses Konferenzzentrum gegenüber anderen Konferenzzentren dar, um den uns die anderen Konferenzzentren lebhaft beneiden. *(Abg. Graf: „Glühend“, würde ich sagen — „lebhaft“ ist zuwenig!)*

Mein Herr Kollege Graf! Sie können sich mit Genfern unterhalten, die ja auch ein großes Konferenzzentrum haben. Denen wäre eine Regelung, wie wir sie erreicht haben, sehr angenehm gewesen, weil sie genau wissen, daß es durch diese Einbindung der arabischen Seite jetzt natürlich einen stärkeren Einfluß gibt, Konferenzen in Österreich zu

**Dr. Nowotny**

veranstalten statt in anderen Staaten. Und genau das wurde damit erreicht.

Ein zweiter Punkt — darauf möchte ich ebenfalls noch eingehen — ist der, daß die Einbindung der arabischen Seite zwar eine eigentumsmäßige ist, aber im Gegensatz zu dem, was der Herr Steinbauer gemeint hat, eben nicht im Management. Das Management wird durch eine eigene Gesellschaft geführt werden, die entsprechende praktische Erfahrungen hat und die maximal günstig orientiert agieren kann.

Nun möchte ich noch auf die Frage eingehen, die auch immer wieder gestellt wird: Warum erfolgt denn überhaupt die Finanzierung im Ausland und nicht im Inland?

Es ist dabei sicherlich richtig, daß rein volumenmäßig dieser Kredit von 1,5 Milliarden Schilling ohne Schwierigkeiten auch im Inland hätte finanziert werden können. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, konditionsmäßig hätte er nie zu diesen Bedingungen finanziert werden können, und ich habe Ihnen ja gezeigt, wie wesentlich günstiger die erzielten Konditionen sind.

Weil Sie das angeschnitten haben, Herr Kollege: Ich kann Ihnen das aus eigener Erfahrung und aus eigenem Erlebnis sagen. Das, was von seiten der Creditanstalt vorgelegen ist, war eine Anfrage, aber niemals ein verbindliches Angebot. Wenn es Möglichkeiten für den österreichischen Kreditapparat gäbe, zu diesen Konditionen, die wir hier vorliegen haben, Finanzierungen vorzunehmen, würde niemand den Kreditapparat hindern, in dieser Weise einzusteigen. Nur hat sich leider beim Durchrechnen gezeigt, daß das einem vernünftigen, einem auf sein Geld bedachten Bankmanager eben doch nicht möglich ist. Daher bleibt es dabei: Auch in dieser Weise ist das die günstigste Finanzierung, die wir erreichen konnten.

Was die darüber hinausgehenden wirtschaftlichen Aspekte des Konferenzentrums betrifft, möchte ich doch darauf hinweisen, daß man nicht übersehen darf, daß es über den unmittelbaren Betrieb eine ganze Reihe zusätzlicher volkswirtschaftlicher Aspekte gibt. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Zunächst der Beschäftigungsaspekt, der sich unmittelbar aus der Errichtung ergibt, der jetzt aber auch bei der eingeschränkten kleineren Kapazität zwischen 1 800 und 2 000 Menschen zusätzliche Arbeit in einer

Zeit gibt, wo dies gerade konjunkturell ein sehr wichtiger und sinnvoller Beitrag war.

Ich will die Argumentation nicht überdehnen: Natürlich ist das Konferenzzentrum allein nicht konjunkturentscheidend. Aber der Bau des Konferenzentrums war und ist einer von den vielen Beiträgen, die diese Regierung erstellt hat, um einen Zusammenbruch der Baukonjunktur zu verhindern; einen Zusammenbruch der Bauwirtschaft, wie er in anderen Staaten erfolgt ist. Es ist einer von den vielen einzelnen Schritten, mit denen es uns gelungen ist, die Arbeitslosenrate in Österreich bei der Hälfte dessen zu halten, was in anderen Staaten geschehen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns bedeutet die Tatsache, daß wir hier einigen tausend Menschen mehr Beschäftigung gesichert haben, als sie sonst hätten, einen Erfolg. Denn für uns ist Beschäftigung nach wie vor ein wichtiges Ziel, und ich hoffe sehr, daß es das auch für Sie bleibt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es soll aber auch herausgestrichen werden, daß das Konferenzzentrum auch langfristig positive Effekte hat. Denn inzwischen sollte eigentlich schon allen klar geworden sein, daß die traditionellen Formen unseres Fremdenverkehrs sich allmählich Kapazitätsgrenzen nähern. Einer der wichtigsten Bereiche, wo wir noch Expansionspielraum haben, ist der Konferenztourismus, der auch wesentlich devisaproduktiver ist als andere Formen des Fremdenverkehrs.

Das Konferenzzentrum ist ein Ansatzpunkt für wesentliche Strukturverbesserungen der österreichischen Wirtschaft. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie heute in Wien durch die Straßen gehen und einen Hotelbauboom sehen von bis jetzt ungeahntem Ausmaß, so stecken dahinter genau die Überlegungen der multinationalen Hotelgesellschaften, die davon ausgehen, daß Wien ein Standort wird mit zusätzlichem Konferenztourismus. Offensichtlich sind diese multinationalen Gesellschaften viel eher in der Lage, die positiven Effekte dieses Konferenzentrums und des wachsenden Wiener Fremdenverkehrs zu erfassen, als es die Abgeordneten der ÖVP sind. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Ich hoffe aber, daß auch sie einmal dahin kommen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt eine Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung, in dem die Sekundäref-

**Dr. Nowotny**

fekte des Konferenzentrums mit 3 000 neuen Dauerarbeitsplätzen — ich betone: Dauerarbeitsplätzen — beziffert werden, Arbeitsplätze, die zum Teil schon in den neuen Hotels entstanden sind, die eines nach dem anderen eröffnet werden. Das schafft wieder zusätzliche Steuereinnahmen von mindestens 70 Millionen Schilling im Jahr. Das ist der Betrag, der die maximale Höhe des Betriebsabganges ausmacht.

Sie sehen also: Auch volkswirtschaftlich ist es ein Projekt, das sich absolut rechnet, das eine ganze Reihe von langfristigen Vorteilen für die österreichische Wirtschaft bringt und auch aus diesem Grund von uns ganz wesentlich begrüßt wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich glaube, man muß das aber auch in einem etwas größeren Zusammenhang sehen. Die große Idee von Bruno Kreisky und — ich muß das der Fairneß halber auch hinzufügen — auch die große Idee der Männer der ÖVP, die am Beginn des Konferenzentrums standen, war die, daß sie gesagt haben: Für ein Land wie Österreich, für eine Stadt wie Wien ist es ganz entscheidend, daß wir als kleines Binnenland internationale Kontakte haben, daß wir international aufgeschlossen sind, in den internationalen Strom der Ideen, der Gedanken der Menschen eingebunden sind.

Wenn Sie das betrachten, was sich seit der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien und in Österreich geändert hat, daß wir internationale Schulen haben, daß wir fremdsprachige Zeitungen haben, daß wir eine wesentliche Verbesserung der internationalen Verkehrsverbindungen bewirken, so sehen Sie ja genau, worum es hier geht: Es geht um ein Einbinden in eine internationale Dynamik, die sich nicht nur auf den Bereich internationaler Organisationen beschränkt, sondern die genauso in Richtung auf Firmen geht, auf internationale Handelshäuser, auf Hochtechnologieunternehmen. Das heißt, es handelt sich um eine ganz wesentliche Standortverbesserung für die österreichische Wirtschaft insgesamt, eine Standortverbesserung, die wir ja alle anstreben.

Ich habe noch die Worte des Generalsekretärs Kehrler im Ohr, der erst vor kurzem bei einer Tagung in Linz wieder für diese größere Internationalität der Österreicher und der österreichischen Wirtschaft eingetreten ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann aber nicht die Erfolge wollen, ohne vorher entsprechende Leistungen zu erbringen. Und genau um das Erbringen dieser Lei-

stungen geht es bei dem Projekt des Konferenzentrums, für das wir eintreten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte daher zusammenfassen: Das Konferenzzentrum ist ein gutes Projekt sowohl von der Planung wie von der Durchführung, wie auch von der Finanzierung. Es hat Vorteile, die sich unmittelbar beschäftigungsrelevant auswirken, und es hat Vorteile, die langfristig die Beschäftigungssituation und die Wirtschaftssituation Österreichs verbessern.

Wir werden daher als Fraktion zu diesem Konferenzzentrum stehen. Und wie schon bei meiner letzten Rede darf ich Sie von der ÖVP wiederum herzlich einladen, wenn dieses Konferenzzentrum dann eröffnet wird, wiederum in der ersten Reihe zu sitzen, wie Sie es auch sonst immer so gerne tun. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 11.06

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. König. Ich erteile es ihm.

11.06

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt unter den Anwälten ein geflügeltes Wort: Wenn die Argumente schwach sind, dann kräftig auf den Tisch hauen! Ihr kräftiger Applaus hat das bestätigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es gab einmal eine Zeit, meine Herren Abgeordneten von der Sozialistischen Partei, da hat der damalige Bundeskanzler Dr. Kreisky der Opposition, nämlich der ÖVP und damals auch der FPÖ, entgegengehalten: Und ich sage Ihnen, dieses Konferenzzentrum wird den Österreichern keinen Schilling kosten!

Meine Damen und Herren! Und heute erklärt uns der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny wortreich, daß das ja ein ganz normaler Kreditvertrag ist, den wir ganz normal zu normalen, wie er sagt, jedoch sehr günstigen Kreditbedingungen zurückzahlen müssen. *(Abg. Fauland: Ja, günstige!)* Günstige, ja. Er behauptet, günstig, aber es ist ein ganz normaler Kreditvertrag.

Das Versprechen des Herrn Bundeskanzlers, das werde den Österreichern keinen Schilling kosten, war damals nicht wahr, ist heute nicht wahr und wird leider auch bis zur Rückzahlung nicht wahrer werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Dkfm. DDr. König**

Der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny hat sich hier wortreich bemüht, zu erklären, warum seiner Meinung nach und nach Meinung seiner Fraktion die vorgenommene Finanzierung äußerst günstig wäre. Wollen wir einmal annehmen, daß er das glaubt, was er hier sagt, und daß auch der Herr Finanzminister derselben Überzeugung ist, wie ich annehme, denn sonst hätte er es ja nicht unterschrieben. Dann frage ich mich: Warum, meine Damen und Herren von der Linken, hat dann der Herr Finanzminister im Finanzausschuß, als wir ihn anläßlich des Geschäftsberichtes der IAKW ersucht haben, uns Auskunft über den geplanten Vertrag und seine Bedingungen zu geben, die Auskunft mit dem Bemerkten verweigert, sobald der Vertrag unterschrieben ist, werde er im Parlament alles vorlegen, und dann sei ausreichend Zeit zur Diskussion?

Ich stelle fest, daß wir hier erklärt haben, wir brauchen zwei Monate Zeit, um das zu prüfen. Wir wollen das im Finanzausschuß mit Ihnen gemeinsam Punkt für Punkt durchgehen.

Was war Ihre Antwort? — Sie haben gesprochen, nach der Berichterstattung des Finanzministers sei ausreichend Zeit zur Verhandlung. Das war Ihre Begründung, Herr Finanzminister, warum Sie in einer parlamentarisch einmaligen Weise die Auskunft im Finanzausschuß verweigert haben.

Was machen Sie jetzt? — Statt Ihr Wort zu halten, ausreichend Zeit zur parlamentarischen Behandlung zu geben, stellen Sie einen Fristsetzungsantrag. Und ohne daß es überhaupt eine Möglichkeit gab, sich entsprechend zu informieren, ohne daß es eine Möglichkeit gab, das zu hinterfragen, was Abgeordneter Nowotny einfach in den Raum gestellt hat, peitschen Sie das ohne Ausschußbericht hier im Hause durch.

Meine Damen und Herren! Das ist eine parlamentarisch einmalige Vorgangsweise, das ist eine Brückierung des Parlaments. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wem werden Sie es verargen, daß angesichts der vielen offenen Fragen die Vermutung bleibt, daß doch nicht alles so prächtig ist, wie es der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny geschildert hat?

Vor allem möchte ich eines sagen — und das, glaube ich, muß man gerade einem Mann entgegenhalten, der Wirtschaftswissenschaften unterrichtet und von dem ich annehme,

daß er sich ja nicht nur in der Theorie damit beschäftigt —: Herr Abgeordneter Nowotny! Sie sprechen hier von Umweltrentabilität, von Beschäftigung, die geschaffen wird, von internationalem Konferenztourismus und sagen dann dazu: Und das alles ist nur so und nicht anders möglich! — Wenn Sie das auf irgendeiner wissenschaftlichen Lehrkanzel verkünden, würden Sie wahrscheinlich als unwissenschaftlich, als unwirtschaftlich, als unfachlich qualifiziert werden.

Denn natürlich gibt es Alternativen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.*) Die wesentlich größere Beschäftigung bei gleichem Mitteleinsatz liegt im Wohnbau. Der internationale Konferenztourismus kann nicht nur im Konferenzzentrum bei der UNO-City möglich sein, das bekanntlich immer noch sehr teuer ist, sondern Ihr eigener Bauenminister hat als Alternative den wesentlich billigeren Ausbau der Hofburg in Verbindung mit dem Messepalast angeboten. So sagen Sie doch nicht, es gebe keine Alternativen! (*Abg. Dr. Heindl: Das stimmt ja nicht, Herr Kollege!*)

Genau diese apodiktischen Behauptungen machen Ihre Aussagen ungläubwürdig, weil es eben immer Alternativen gibt und weil es einfach unverantwortlich ist, Alternativen nicht einmal zu prüfen, sondern einfach zu erklären: Die gibt es nicht, die darf es nicht geben, weil wir sie nicht sehen wollen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich erinnere mich — der Herr Abgeordnete Kabas wird ja nach mir sprechen —, daß die Frau Dr. Partik-Pablé von der Freiheitlichen Partei (*Ruf bei der SPÖ: Sie haben erklärt, 10 Milliarden Schilling...!*) bei der Diskussion um das Konferenzzentrum hier erklärt hat: Auch wir, die Freiheitliche Partei, waren gegen den Bau des Konferenzzentrums bei der UNO-City, das sagen wir, aber jetzt ist es soweit. Was soll man denn jetzt tun? Jetzt wird ja schon gebaut, und daher sind wir der Auffassung, man kann nur sehen, daß man so preiswert wie möglich durchkommt. (*Abg. Dr. Heindl: Vielleicht gescheiter geworden!*)

Herr Abgeordneter Kabas, ich hätte gerne eine Antwort von Ihnen darauf, warum Sie jetzt bezüglich der Finanzierung... (*Ruf bei der SPÖ: Wir haben keine Fragestunde!*) Keine Fragestunde? Zuerst verhindern Sie die Behandlung im Ausschuß, zuerst verhindern Sie Fragestellungen im Ausschuß, und dann soll man womöglich hier nicht einmal fragen können? — Das ist doch ungläublich und undemokratisch sondergleichen! (*Lebhafte*

**Dkfm. DDr. König**

*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Graf: Unerhört!*

Ja meine Damen und Herren, erkennen Sie denn nicht, daß eine kritisch hinterfragende Opposition auch im Interesse der vernünftigen Verantwortung für so große Vorhaben der Regierung gelegen ist? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Heindl.*) Denn eine Regierung, die sagt: Wir wollen die Opposition gar nicht hören, wir wollen uns gar nicht auseinandersetzen mit den kritischen Argumenten der Opposition, wir wollen sie einfach niederbügeln mit einem Fristsetzungsantrag, damit wir nicht Antwort geben müssen!, nimmt die Verantwortung für Fehlleistungen voll und ganz auf sich und hat nicht einmal die Entschuldigung, daß sie sich mit den anderen Möglichkeiten auseinandergesetzt hat! (*Abg. Dr. Heindl: Je lauter die Argumente, umso schlechter werden sie! — Abg. Graf: Der Tonn hat uns provoziert!*)

Herr Abgeordneter Dr. Heindl, wenn Ihre Fraktionskollegen so schreien, bleibt mir nichts übrig, als daß ich ihnen in entsprechender Lautstärke antworten muß! (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber wenn der Herr Abgeordnete Tonn seine Auffassung zurücknimmt, die er so lautstark vorgetragen hat (*Zwischenruf des Abg. Tonn*), und zugesteht, daß es der Opposition wenn schon nicht im Ausschuß, so doch wohl wenigstens im Plenum möglich sein muß, die Fragen zu stellen, die man uns im Ausschuß nicht stellen ließ, dann werden wir das hier in aller Ruhe abführen können.

Wenn Sie glauben, daß Sie uns hier von der Regierungsbank aus oder von den Bänken der Regierungsfraktion aus die Möglichkeit nehmen können, jene Fragen zu stellen, die wir im Ausschuß gestellt hätten, dann, bitte, werden Sie sich täuschen, denn es ist die legitime Aufgabe und Verantwortung der Opposition, daß wir uns hier mit dem auseinandersetzen, was Sie ungeprüft schnell husch, husch über die Bühne bringen wollen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Samwald: Eine unerhörte Unterstellung, was Sie hier sagen! — Zwischenruf des Abg. Graf.*) Der Fristsetzungsantrag ist nicht Ausdruck einer Gesinnung, die ... (*Abg. Samwald: Das hat mit der VEW überhaupt nichts zu tun!*) Wenn Sie mich vielleicht weitersprechen lassen, werde ich das in entsprechender Lautstärke tun können. (*Abg. Graf: Trotzdem: Immer an die VEW denken!*)

Herr Abgeordneter Samwald! Ihr Fristsetzungsantrag ist nicht Ausdruck einer Gesinnung, die die Diskussion, die das Auseinander-

dersetzen mit kritischen Argumenten der Opposition zum Ausdruck bringt (*Beifall bei der ÖVP*), sondern es ist nichts anderes als das Drüberfahren mit der Fristsetzung. Schluß der Debatte heißt das. Schluß der Debatte, bevor sie überhaupt im Ausschuß beginnen konnte. Das ist die Wahrheit. Das steckt hinter dem Fristsetzungsantrag. Friß, Vogel, oder stirb! Das ist die Haltung, die dahintersteht! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Dr. Nowotny.*)

Ich darf zu meiner Frage an den Abgeordneten Kabas kommen. Ich habe die Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé zitiert. Sie hat gesagt: Wir waren immer gegen das Konferenzzentrum, jetzt ist es aber in Bau, jetzt können wir ja nicht anders, jetzt muß man den Bau fertigführen!

Selbst wenn man dieser Auffassung ist und wenn man meint, daß es nicht anders und nicht billiger gehe, dann heißt das sicher nicht, Herr Abgeordneter Kabas und meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, daß es auch hinsichtlich der Finanzierung keine Alternativen gebe als jene einzige, die Bundeskanzler Dr. Kreisky zu seiner Lieblingsidee erkoren hat.

Meine Damen und Herren! Es ist doch eigentlich bedauerlich, daß die Freiheitliche Partei jetzt, wo sie in der Regierung ist, nicht einmal mehr jene Freiheit in der Koalition hat, daß man gesagt hätte: Schauen wir uns doch andere Finanzierungsmöglichkeiten wenigstens an! Denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie es uns als Opposition verweigert haben, diese Finanzierungsmöglichkeiten zu sehen, aber vom Herrn Finanzminister Geheiminformationen bekommen hätten, die Sie dem Parlament nicht vorlegen. Also werden Sie wohl auch keine anderen Informationen haben als wir. Und hier nicht einmal zu prüfen mit uns, ob es andere Möglichkeiten gäbe — das kann Ihnen doch kein Koalitionspakt verbieten. Oder geht die Koalitionstreue so weit, daß man nicht einmal mehr überprüfen kann, ob es nicht andere, vernünftigere Alternativen gegeben hätte?

Ich will Ihnen nicht absprechen, daß Sie vielleicht dann zu der Entscheidung gekommen wären, jawohl, Sie gehen mit der Regierung, Sie halten das für die beste Möglichkeit. Aber überhaupt keine Prüfung zuzulassen, gar nicht über Alternativen zu sprechen, das ist doch eigentlich ein Verhalten, das man sehr, sehr schwer vor allem von einer Partei, die sich freiheitlich nennt, verstehen kann.

**Dkfm. DDr. König**

Herr Abgeordneter Dr. Nowotny hat gesagt: Das, was der Generaldirektor Androsch an den Herrn Finanzminister herangetragen hat, war ja nur eine Anfrage, kein formelles Angebot!

Meine Damen und Herren! Es gilt natürlich bei einem Angebot auch immer die Unverbindlichkeit so lange, bis es zu einem echten verbindlichen Angebot auf Grund genau bestimmter und determinierter Angaben kommt. Aber daß man einer Anfrage, einer seriösen Anfrage der größten österreichischen Bank überhaupt nicht nähertritt, daß man das nicht eingehend beurteilt, sondern einfach wegwischt und sagt: Er hat Gott sei Dank nur angefragt, es sind ja die Details nicht festgelegt worden — die konnte er gar nicht wissen, weil der Vertrag zu diesem Zeitpunkt noch nicht unterzeichnungsreif war —, das ist doch eine leichtfertige Vorgangsweise, weil man damit von Haus aus jede mögliche bessere Alternative ausschließt. Und es ist einfach unseriös, Herr Abgeordneter Nowotny, nachher zu behaupten, es gebe keine Alternative, wenn man eine mögliche Alternative gar nicht geprüft hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Erst nach der Prüfung hätten Sie sagen können: Diese Alternative hat sich als ungünstiger herausgestellt! Aber ohne Prüfung frischweg zu behaupten, es gebe keine Alternative, ist nicht ernst zu nehmen. *(Ruf bei der SPÖ: Es wurde ja geprüft!)* Ja bitte, von wem denn? Hätten Sie uns das doch vorgelegt! Wir haben Sie gebeten!

Wir haben im Rechnungshofausschuß einen Antrag eingebracht, man sollte durch eine neutrale Stelle wie den Rechnungshof prüfen lassen, ob es in Österreich eine vergleichsweise günstige Finanzierung gebe. Was haben Sie gesagt zu diesem Antrag im Rechnungshofausschuß: Das hat alles noch Zeit, den Antrag behandeln wir später! Dann sind Sie hergegangen und haben abgeschlossen, haben verhindert, daß wir diesen Abschluß im Finanzausschuß noch ordentlich debattieren können, und gleichzeitig haben Sie eine Prüfung durch den Rechnungshof verhindert.

Meine Damen und Herren! Da sollen wir Ihnen glauben, daß Sie in dieser Sache so ein reines Gewissen haben, daß Sie so überzeugt sind, daß es nichts Besseres gäbe? — Da liegt doch die Vermutung nahe, daß Sie eine solche objektive Prüfung durch den Rechnungshof nicht haben wollten. Denn: Wenn Sie nichts zu scheuen hätten, warum haben Sie sie dann nicht zugelassen? Warum haben Sie den Rechnungshof nicht prüfen lassen, was schnell gegangen wäre? Wir haben schon vor

zwei Monaten den Antrag eingebracht. Warum haben Sie nicht prüfen lassen, wenn Sie ohnehin der Auffassung sind, daß das so günstig ist? Es gibt keine vernünftige Begründung dafür, warum man das, wenn man der Auffassung ist, es sei so günstig, nicht durch eine neutrale Stelle wie den Rechnungshof bestätigen läßt. Es sei denn, man hat Angst, es kommt doch heraus, daß es nicht so günstig ist. Die ganze Argumentation, die Sie hier aufgebaut haben, bricht dann zusammen!

Daß es sich tatsächlich bei Ihnen in vielen Dingen nur um Behauptungen, bestenfalls um Wünsche und Hoffnungen handelt, aber keineswegs um erwiesene Tatsachen, geht aus der Feststellung hervor, die Baukosten würden nunmehr statt 5 Milliarden Schilling nur 3,6 Milliarden Schilling betragen, wie das ja in den Erläuterungen zur Regierungsvorlage enthalten ist.

Meine Damen und Herren! Dieser Behauptung, die der Herr Finanzminister in den Erläuterungen aufstellt, wird bereits in der Anlage zum Vertrag mit den arabischen Partnern widersprochen, weil dort bekanntlich unter dem Finanzierungsplan ein Kapitalerfordernis von 4,2 Milliarden Schilling aufscheint. Die Differenz beträgt 600 Millionen Schilling. *(Bundesminister Dr. Salcher: Das war der damalige Wissensstand!)*

Herr Finanzminister, Sie sagen: damaliger Wissensstand. Bitte, der Abschluß des Vertrages ist ja erst synchron mit der Einbringung der Vorlage, die jetzt so rasch durchgepeitscht werden mußte, erfolgt. Innerhalb dieser kurzen Zeit gibt es bereits eine Differenz von 600 Millionen Schilling. *(Zwischenruf des Bundesministers Dr. Salcher.)* Ja, aber man kann, wenn man etwas einbringt, das noch in den Erläuterungen darlegen und berichtigen.

Herr Finanzminister! Zweite Frage: Sie haben in der Gegenüberstellung zum geltenden Finanzierungsgesetz den Haftungsrahmen ausgewiesen. Ich stelle fest, daß statt 4,9 Milliarden Schilling Haftung für das Kapital jetzt 2,5 Milliarden Schilling aufscheinen. Nun muß ich aber zu den 2,5 Milliarden Schilling jene 1,5 Milliarden Schilling dazurechnen, die die Araber einbringen. Ich bin damit auf 4 Milliarden Schilling. Dann finde ich weiter hinten noch einmal 900 Millionen Schilling und bin damit auf 4,9 Milliarden Schilling.

Wir alle wollen hoffen, daß es die wirtschaftliche Entwicklung gestattet, tatsächlich billiger bauen zu können als angenommen.

**Dkfm. DDr. König**

Aber es ergibt sich zumindest für den unbefangenen Beobachter der Eindruck, daß diese so apodiktisch festgestellte Behauptung, statt 5 Milliarden Schilling werde es „nur“ — unter Anführungszeichen — 3,6 Milliarden Schilling kosten, jedenfalls in der Rücknahme der Haftungssummen für das Kapital keinen entsprechenden Niederschlag findet, denn wir landen inklusive der 1,5 Milliarden Schilling der Araber wieder bei 4,9 Milliarden Schilling Haftungssumme für das Kapital.

Die Rücknahme der Haftung für die Zinsen läßt nur den Schluß zu, daß erstens sicher weltweit die Zinsen gesunken sind — das ist aber nicht ein Verdienst dieser Regierung — und daß zweitens offensichtlich die Zinsen, die wir den Arabern bezahlen müssen, hier nicht mehr gedeckt sind. Das heißt, sie müssen zusätzlich aus dem Budget gedeckt werden.

Meine Damen und Herren! All diese Fragen haben Sie uns im Ausschuß nicht beantwortet. Ich muß schon sagen, das ist eine einmalige Vorgangsweise. Das kann doch wirklich nicht Ausdruck einer seriösen und verantwortungsbewußten Vorbereitung sein! (*Abg. Dr. Nowotny: Warum haben Sie keinen Termin beantragt?*)

Dann geht der Abgeordnete Nowotny noch her und sagt: Jetzt werden wir in Dollar spekulieren. Das Geld verbauen wir gar nicht, sondern das legen wir auf Auslandsmärkten an. Nur hat er nicht dazugesagt, daß uns kein Mensch auf der Welt für einen Dollarkredit eine Option zwischen 14 und 50 Jahren gibt. Wir können also das Kursrisiko nicht in der gleichen Zeitspanne abdecken, sondern wir laufen voll hinein in das Kursrisiko des Dollars.

Meine Damen und Herren! Eine Dollarspekulation noch dazu zur vollen Rückzahlung: Und das soll ein günstiges Geschäft sein? — Die einzigen, die aus diesem Geschäft zu hundert Prozent gesichert aussteigen, sind die arabischen Vertragspartner. Das erklärt auch, warum die Araber keinen Kreditvertrag wollten, sondern die Beteiligung an dem Konferenzzentrum, das volle Mitspracherecht durch einen zweiten Geschäftsführer, dem ein Vetorecht zukommt, die volle Steuerbefreiung und die Garantie der Republik, daß wir für alle Verluste aufkommen.

Ich hätte gerne gewußt, Herr Finanzminister, wie hoch denn die Studie, die Sie in Auftrag gegeben haben oder die die IAKW in Auftrag gegeben hat, den jährlichen Betriebsver-

lust ermittelt, der präliminiert ist. Ich habe von 90 Millionen Schilling im Jahr gehört, und das ohne die Abschreibungsraten für das investierte Kapital. Auch das ist eine Frage, die Sie nicht beantwortet haben.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend müssen wir sagen: Sie von der Regierungsmehrheit und leider Gottes auch der freiheitliche Koalitionspartner waren nicht bereit, Alternativen zu prüfen. Sie waren nicht bereit, mit der Opposition in eine sachliche Diskussion über die Richtigkeit der Behauptungen, die Sie hier aufgestellt haben, einzutreten. Sie sind selbst in den schriftlichen Unterlagen die schlüssige Beweisführung schuldig geblieben. Diese Unterlagen sind in sich widersprüchlich, und Sie haben das bis heute nicht aufgeklärt. Sie allein tragen die volle Verantwortung dafür, daß die kommende Generation auf 50 Jahre hinaus das mit ihren Steuern bezahlen wird müssen, was Sie uns in Ausübung eines Erbes des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky hier eingebrockt haben. Deshalb sagen wir in voller Verantwortung als Opposition zu diesem Gesetz unser Nein. (*Beifall bei der ÖVP.*) 11.28

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Kabas. Ich erteile es ihm.

11.28

Abgeordneter Mag. **Kabas** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Dr. König! Wenn die Opposition keinen Ausschüstermin hergeben will, dann ist es unmöglich, im Ausschuß die Probleme zu diskutieren. Sie haben sich geweigert, einen Ausschüstermin herzugeben. Dadurch ist es zu keiner Ausschüßsitzung gekommen. Das ist die Wahrheit. Das sind Fakten, und die muß man zur Kenntnis nehmen! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Man kann sich daher nicht nachher beklagen, wenn man als Opposition die vergangene Woche nicht arbeiten wollte und einfach den Termin verweigert hat. Bitte, das ist eine Tatsache gewesen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wer hat denn die Fristsetzung gemacht?*)

Sie, Herr Abgeordneter Dr. König, haben gemeint, daß die FPÖ auch gegen das Konferenzzentrum war. Das Wort „auch“ stimmt nicht, denn wir waren gegen das Konferenzzentrum, aber Sie, Herr Abgeordneter König, und die ÖVP waren es viele Jahre nicht. Das muß man aufzeigen, um die Perspektiven, die sich rund um das Konferenzzentrum von sei-

**Mag. Kabas**

ten der Opposition ergeben, auch ganz klar sehen zu können.

Als 1967 die Grundsatzentscheidung der damaligen österreichischen Bundesregierung gefallen ist, eine UNO-City zu errichten und damit Wien zur dritten UNO-Stadt werden zu lassen, stand ja auch bereits fest, daß das Österreich Geld kosten wird, und zwar natürlich Steuergeld. Die Verwirklichung dieses Projekts wurde von der ÖVP-Alleinregierung, also von Bundeskanzler Klaus, vom damaligen Außenminister Dr. Lujo Tončić-Sorinj und vom damaligen Bautenminister Dr. Kotzina, versprochen und in Ministerratssitzungen entschieden. *(Abg. Deutschmann: Der bringt etwas ganz Neues!)*

Ich will aber damit nicht sagen, Herr Kollege Deutschmann, daß das von der damaligen Bundesregierung und von der ÖVP unvernünftig oder verantwortungslos gewesen ist. Ganz im Gegenteil! *(Zwischenruf des Abg. Burgstaller.)* Herr Burgstaller! Vor allem wenn man die sicherheitspolitischen und neutralitätspolitischen Aspekte miteinbezieht, so war das damals von der ÖVP-Alleinregierung sicherlich eine vernünftige und verantwortungsbewußte Entscheidung.

Ob auch ein Konferenzzentrum in der Form unbedingt dabeisein muß, darüber kann man natürlich diskutieren. *(Abg. Deutschmann: Das tun wir ja!)* Herr Kollege Deutschmann! Die ÖVP hat vor sehr langer Zeit, nämlich 1967, den Standpunkt vertreten, daß ein Konferenzzentrum erbaut werden soll. Im Minderheitsbericht zum seinerzeitigen IAKW-Untersuchungsausschuß 1975 heißt es auf Seite 85 — daran war der Herr Abgeordnete Dr. König federführend beteiligt —:

„Nach unserer Auffassung“ — also nach ÖVP-Auffassung — „ist die Verbindung von Wien als UN-Sitz oder als Sitz von Sekretariatseinheiten und Wien als Konferenzstadt mit einem der Bedeutung der Bundeshauptstadt angemessenen Konferenzzentrum untrennbar verbunden.“ *(Abg. Deutschmann: „Angemessen“!)*

Nein, Sie haben in einer Presseaussendung genau dorthin gesteuert, nämlich in Richtung UNO-City. Sie, Herr Dr. König, waren das. Diese Aussage aus dem Untersuchungsausschuß stammt von den Abgeordneten Dr. König, Dr. Blenk und Professor Ermacora, die auch heute noch diesem Haus angehören, die aber in der Zwischenzeit — das muß man anerkennen und auch akzeptieren, so etwas

kann es geben — ihre Meinung in dieser Frage um 180 Grad geändert haben.

Sie wollen heute kein Konferenzzentrum mehr. Was ich Ihnen aber zum Vorwurf mache, ist, daß Sie die Realität des Baues ignorieren. Das ist der springende Punkt. Sie waren viele Jahre für das Konferenzzentrum. Dann haben Sie Ihre Meinung geändert, und jetzt akzeptieren Sie nicht, daß dieser Bau bereits steht. Das ist der Unterschied zu uns Freiheitlichen. *(Abg. Dr. König: Wir reden von der Finanzierung!)* Dazu komme ich schon noch. Ich sehe ein, daß Ihnen das unangenehm ist, Herr Dr. König. Nur: Man muß das global abhandeln und auch sehen, welchen Schwenk die ÖVP hier gemacht hat. Wir Freiheitlichen waren gegen den Bau des Konferenzzentrums, wie wir es hier schon einige Male dargelegt haben, und stimmten 1979 auch gegen den diesbezüglichen Beschluß.

Nur: Im Jahre 1983, bei unserem Regierungseintritt, stand bereits der Rohbau, und es waren 1,8 Milliarden Schilling verbaut beziehungsweise rechtswirksam verplant. Daher konnten wir aus wirtschaftlicher Vernunft nicht sagen: Jetzt lassen wir diesen Rohbau als Ruine stehen. Das wäre wirklich verantwortungslos gewesen.

Die ÖVP aber wollte das. Genau das! Denn Sie haben keine Alternative zum Rohbau, der 1983 bereits stand, aufgezeigt. Sie haben dann drei Monate später durch Ihren Abgeordneten Steinbauer dekretiert, the point of no return sei nun erreicht worden. *(Abg. Dr. Zittmayr: Bei Zwentendorf!)* Zwentendorf geht ja auch auf einen ÖVP-Beschluß zurück, das ist genau das richtige Stichwort, Herr Kollege Zittmayr. Die ÖVP will anscheinend als Trophäensammler von Bauruinen gelten. Dazu können wir uns beim Konferenzzentrum sicher nicht verstehen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Das ist Ihr Zwentendorf!)*

Herr Zittmayr! Ich darf Sie aufklären. Bei Zwentendorf sagen wir nach wie vor nein, weil da ganz andere Sicherheitsmomente und gesundheitspolitische Momente dazukommen, die in keinem Vergleich zum Konferenzzentrum stehen. Sie verwechseln da wieder Äpfel mit Birnen; das sollte eigentlich einem Mann, der aus der Landwirtschaft kommt, nicht passieren. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine klare Linie!)*

Obwohl im Mai 1983 der Rohbau bereits fertig war, wollte die ÖVP in Verkennung der

**Mag. Kabas**

Realität das nicht wahrhaben. Sie wollte den Baustopp haben. Das geht aber nicht, wenn man auch nur einen Funken von Verantwortung besitzt.

Wir Freiheitlichen haben in den Regierungsverhandlungen folgendes erreicht, und das hat auch in der Regierungserklärung seinen Niederschlag gefunden — ich zitiere wörtlich —:

„Um die Stellung Österreichs als Fremdenverkehrsland und Stätte der internationalen Begegnung zu stärken, wird das von der Bundesregierung 1967 beschlossene Österreichische Konferenzzentrum in der kostengünstigsten Weise fertiggestellt werden.“

Die Regierungserklärung wurde bereits erfüllt. Einerseits wurde beschlossen, die ursprünglich von der ÖVP geplante Gesamtkapazität von 8 700 Personen auf 5 900 Personen zu reduzieren. Andererseits werden die Baukosten nicht 5 Milliarden Schilling, sondern 3,6 Milliarden Schilling betragen; also eine Reduzierung der Baukosten um über 30 Prozent. Aber auch das paßt der Opposition nicht. Der Abgeordnete König hat ja vorhin reklamiert, warum das Konferenzzentrum nicht 4,2 Milliarden Schilling kostet. (*Abg. DDr. König: Nein, aber...*) Hören Sie zu, Herr Dr. König. Ihr Abgeordneter Steinbauer hat ja noch eine ganz andere Prognose erstellt. Er hat nämlich angekündigt, der Bau werde 10 Milliarden Schilling kosten. Bitte, das muß man sich einmal vor Augen halten. Die ÖVP hat vor einem Jahr hier in diesem Hause behauptet, dieser Bau werde 10 Milliarden Schilling kosten. So teuer wäre also den Österreichern dieser Bau gekommen, wenn die ÖVP etwas zu sagen gehabt hätte. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Das heißt den Teufel an die Wand malen, wie das die ÖVP immer macht! — Abg. Graf: Unterbrechen Sie nicht Ihren Redner!*) Nein, nein, das ist keine Unterbrechung, sondern das ist nur eine Unterstreichung dessen, was ich gesagt habe. Hören Sie zu, Herr Präsident Graf. (*Abg. Graf: Ich höre zu!*)

Zur Finanzierung hat Kollege Dr. Nowotny die Dinge, so wie sie sind, hier sehr klar und deutlich aufgezeigt. Die Teilfinanzierungsform stellt ökonomisch gesehen ein Kreditgeschäft dar, das wird auch von Ihnen nicht bestritten. Daraus geht hervor, weil es eben ein Kreditgeschäft ist, daß sich beide Teile Vorteile davon versprechen. Das heißt, selbstverständlich bekommt bei einem Kreditgeschäft niemand Geld geschenkt, sondern jede normale Finanzierung, jeder normale Kredit

kostet natürlich etwas. Das Bundesministerium für Finanzen beziehungsweise der Herr Bundesminister für Finanzen hat diese vorliegende Form ausgearbeitet, und diese Form ist jedenfalls besser als andere Formen, die da und dort angeboten wurden.

Daß der Weg der Aktiengesellschaft gewählt wurde, hat — das hat auch schon Kollege Nowotny ausgeführt — seinen Grund bei den arabischen Partnern, insbesondere was die Höhe der Verzinsung betrifft. Diese liegt bei 6 Prozent, wobei allerdings — das muß man natürlich da miteinbeziehen — bei der Rückzahlung eine Option der Araber vorliegt, und zwar ob sie die Rückzahlung auf der Dollarwertbasis haben oder aber eine 25prozentige Prämie bekommen wollen. Insofern erhöht sich dann natürlich insgesamt, wenn man das miteinbezieht, auch die Verzinsung.

Es wird aber auch immer wieder ins Treffen geführt, daß man nicht auf den ausländischen Markt hätte gehen sollen. Es ist aber doch unbestritten, daß fast bei jeder Auslandsschuld der Bund günstiger abschneidet. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, daß bei einem Dollarkredit die Oesterreichische Nationalbank als Devisenhändler agieren kann und dadurch der Bund dann bei der Gewinnausschüttung wieder einiges zurückbekommt.

Natürlich kann mit den US-Dollars noch anderes gemacht werden, noch anders veranlagt werden; ich möchte hier nur das Stichwort „Currency-swap“ anführen. Da kann dann jeder seine Phantasie spielen lassen. Ich bin überzeugt, daß auch hier von seiten des Bundesministeriums für Finanzen Gedanken und Überlegungen angestellt werden, wie dieses Geschäft noch günstiger gemacht werden kann. Hier gibt es also durchaus eine Menge von Gestaltungsmöglichkeiten.

Die Kritik, daß hier eine Steuerfreiheit vorliegt, geht ja ins Leere, wenn man — und das ist ja heute unbestritten — davon ausgeht, daß das Ganze de facto einen Kredit darstellt, weil ja jeder im Ausland aufgenommene Kredit keine Steuerschöpfung abgeworfen hätte, genausowenig wie ein Inlandskredit — ich verweise hier nur auf das Körperschaftsteuergesetz, auf das Schachtelprivileg und so weiter.

Natürlich kann man, und das wurde nicht erst heute getan, sondern das geht ja seit einem Jahr — über diese spezielle Finanzierungsform hat es ja schon im Februar eine Diskussion gegeben —, über diese Fragen dis-

**Mag. Kabas**

kutieren. Aber es wird sicher nicht der Nachweis zu erbringen sein, daß dieser Vertrag und diese Finanzierung ungünstig sind. Ihr Abgeordneter Dr. Taus hat es in der Februarsitzung als ein ganz normales Kreditgeschäft bezeichnet. Wir sagen, wenn man alles miteinbezieht, daß es ein günstiges Geschäft sein wird.

Wenn man hier all die Ankündigungen und Analysen der ÖVP jetzt miteinbezieht, etwa Ihre Prognose, es werde überhaupt keine arabischen Partner geben, so stimmen sie nicht, so sind sie zusammengebrochen. Die Behauptung der ÖVP, daß die Teilfinanzierung eine ganz besonders ungünstige Form darstellt, ist nicht haltbar, sie wurde heute widerlegt. Und die Behauptung der ÖVP, daß der Bau 10 Milliarden Schilling kosten wird, ist ebenfalls in sich zusammengebrochen. Er wird 3,6 Milliarden Schilling kosten.

Daher muß man sagen, daß all diese Prognosen und Ankündigungen, die ja immer nur die Menschen verunsichern sollen, die ja immer wieder nur den Teufel an die Wand malen sollen, damit die Menschen draußen glauben, daß da irgend etwas Schlechtes passiert, heute, aber nicht erst heute, klipp und klar widerlegt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Realität ist eben ganz anders, als die ÖVP sie haben will. Dieser Bau steht bereits, diese Teilfinanzierung, die auch eine Entlastung des Budgets darstellt, ist eine, wie Taus sagt, normale Finanzierung, wir sagen und haben auch den Nachweis erbracht, sie ist eine durchaus günstige Finanzierung, und daher werden wir diesem Finanzierungsgesetz unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 11.44

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Ettmayer. Ich erteile es ihm.

11.44

Abgeordneter Dr. **Ettmayer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kabas, ich fürchte sehr, daß unsere Prognose, daß das Konferenzzentrum kaum ausgelastet sein wird, leider richtig ist. Schauen Sie in die Länder um Österreich. Das Save-Zentrum in Belgrad, das aufgebaut wurde für eine KSZE-Nachfolgekonferenz, beginnt bereits zu rosten, die Konferenzzentren in Berlin und in Hamburg sind kaum ausgelastet.

Meine Damen und Herren! Es geht sicher-

lich einmal um das Konferenzzentrum an sich, es geht darüber hinaus aber meines Erachtens um viel mehr, nämlich um die Regierungspolitik. Es hat eben jede Zeit, jede Epoche ihre Symbole. Die Pharaonen haben die Pyramiden erbaut, die Raubritter haben uns die Ruinen hinterlassen, und die Fürsten haben ihre Schlösser gebaut. Ich glaube, daß das Konferenzzentrum für künftige Generationen ein trauriges Symbol einer verfehlten sozialistischen Regierungspolitik sein wird *(Beifall bei der ÖVP)*, wobei diese Politik jetzt von den Freiheitlichen unterstützt wird.

Ich glaube, daß dieses Konferenzzentrum in dreifacher Hinsicht — in dreifacher Hinsicht! — ein Symbol für die Regierungspolitik der letzten Jahre ist:

Einmal ist es ein Symbol dafür, daß der Staat offensichtlich überfordert wurde. Arbeitsplatzsicherung, wie man in einigen Büchern von Professor Nowotny nachlesen kann, die sehr interessant sind, und was ich durchaus unterstreiche, ist über staatliche Tätigkeit nicht in dem Ausmaß möglich, wie man sich das ursprünglich vorgestellt hat.

Das Konferenzzentrum ist zweitens sicherlich auch ein Symbol für die Überforderung des Steuerzahlers, und das Konferenzzentrum ist drittens, meine Damen und Herren, ein Symbol dafür, daß Sie eine wesentliche demokratische Institution, nämlich ein Volksbegehren, mißachtet haben.

Ich möchte kurz eingehen auf das Konferenzzentrum als Symbol für die Überforderung des Staates.

Ich gestehe durchaus ein, daß die staatliche Tätigkeit in Österreich eine lange Tradition, eine erforderliche Tradition, eine anerkannte Tradition hat: im Wohlfahrtsbereich, im Schulbereich, sehr wohl auch im Bereich der Arbeitsplatzsicherung, und zwar gerade in jüngster Zeit: Wiener Stadion in der Ersten Republik, Kaprun in der Zweiten Republik, Autobahnen in den fünfziger und sechziger Jahren.

Meine Damen und Herren! Das ist jetzt der Vorwurf, den ich vor allem an die sozialistische Fraktion richte, ich will jetzt gar nicht auf die Diskussion eingehen, die einmal über den Staat als Hebel zur Verwirklichung des Sozialismus geführt wurde. Aber Sie, meine Damen und Herren, haben zeitweise so getan und ließen sich vor allem von Ihrem Vorsitzenden Bruno Kreisky dazu verleiten, so zu

**Dr. Ettmayer**

tun, als wäre der Staat überhaupt allmächtig, als könnte er Wunder wirken.

Sie haben gesagt: Wir sichern die Arbeitsplätze!, und haben dafür Großprojekte der öffentlichen Hand angeführt, Defizite und Schulden. Wenn ich jetzt das „Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik“ aufschlage, das Professor Nowotny herausgegeben hat und das wirklich hochinteressant ist und durchaus propagiert werden soll, dann lese ich, daß wesentliche und große Projekte, die ursprünglich dazu hätten dienen sollen, Arbeitsplätze zu sichern, gescheitert sind: Aichfeld-Murboden. Es hat letztesmal hier dann eine tatsächliche Berichtigung gegeben.

Herr Professor Nowotny! In dem von Ihnen herausgegebenen Buch steht im Artikel von Dr. Moser von der Arbeiterkammer in Graz: „Die damals auf Wachstum und Außenorientierung gerichtete Regionalpolitik ist heute kaum mehr wirksam. Künftig muß das Augenmerk mehr auf eine Förderung der unternehmerischen Fähigkeiten gelegt werden.“ Und in einem anderen Artikel dazu heißt es, daß die sicherlich großen Mittel, die dafür investiert wurden, kaum dazu gedient haben, die Krise um zwei Jahre zu verschieben.

Im selben Buch findet man eine sehr interessante Abhandlung über General Motors, wo es ebenfalls heißt, Herr Professor Nowotny — Sie haben es ja sicher gelesen, weil Sie es ja herausgegeben haben —: „Das Projekt ist für österreichische Zulieferanten zu groß, die Produktion ist von ausländischen Entscheidungen abhängig...“ Das erleben wir ja jetzt täglich. Und weiters heißt es dann: „Das Projekt gibt, gemessen an den gigantischen Subventionen, für die österreichische Industriepolitik zu wenig her.“

Im selben Lichte kann man das Konferenzzentrum betrachten. Auch Sie, Herr Professor Nowotny, haben heute nicht gesagt, wie viele Arbeiter tatsächlich beim Bau des Konferenzzentrums beschäftigt sind. Sie haben ursprünglich von 4000, von 5000 gesprochen, und jetzt sind es einige Hunderte.

Deshalb glauben wir, meine Damen und Herren, daß dieses Projekt verfehlt war und verfehlt ist und daß mehr Arbeitsplätze hätten geschaffen werden können, wenn man dieses Geld für die Sanierung von Wohnungen, für die Altstadtverbesserung oder selbst für die VEW in Ternitz ausgegeben hätte.

Meine Damen und Herren! Wenn ich sage,

daß dieses Projekt die Tatsache symbolisiert, daß Sie in den letzten Jahren den Staat überfordert haben, dann vor allem deshalb, weil sich eben die Finanzschulden gigantisch entwickelt haben, weil die Zinsen und die Tilgungen einfach ins Enorme gestiegen sind und weil sich das Budgetdefizit in den letzten 14 Jahren verfünffzehnfacht hat. Der österreichische Steuerzahler muß ja für die Kosten dieses Projekts aufkommen, der österreichische Steuerzahler muß für die Finanzschulden, die 1970 47,1 Milliarden Schilling betragen und sich in der Zwischenzeit auf 476 Milliarden Schilling erhöht haben, aufkommen.

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Wissen Sie, was das bedeutet? Im letzten Jahr, im Jahr 1983, haben sich die Finanzschulden der Republik täglich um 200 Millionen Schilling erhöht, stündlich um 8,5 Millionen Schilling, und die österreichischen Steuerzahler müssen dafür aufkommen, daß dieses Geld wieder zurückgezahlt wird.

Wir lehnen diese Verschwendungspolitik ab, weil wir sehen, daß die Zinsen für die Finanzschulden im Jahre 1983 mit 27 Milliarden Schilling bereits höher waren als die Rückzahlungsraten.

Wir glauben, daß das Geld im Konferenzzentrum schlecht angelegt ist, weil es kaum einen Beschäftigungseffekt hat, weil es überhaupt keinen Produktionseffekt hat und weil es überhaupt keinen Innovationseffekt hat. Deshalb meinen wir, daß es sich hier um ein Verschwendungsprojekt handelt.

Zweitens, meine Damen und Herren, ist das Konferenzzentrum ein Symbol für die Überforderung des Steuerzahlers. Im Vorblatt zu den Erläuternden Bemerkungen der vorliegenden Novelle kann man lesen, das Projekt verursache keine Kosten. Ich glaube, es sollte vielmehr heißen, es bringe keinen Nutzen.

Im Gesetzestext steht ja, daß das Konferenzzentrum 3,5 Milliarden Schilling kosten wird. Der österreichische Steuerzahler, meine Damen und Herren, muß diese 3,5 Milliarden Schilling mit Zinsen und Zinseszinsen auf Heller und Pfennig zurückzahlen. Glauben Sie nicht, daß das zurückgezahlt werden muß, Herr Staatssekretär? — Dann beweisen Sie bitte das Gegenteil! Man wird letztlich sehen, wie hoch die Kosten tatsächlich sein werden.

Was sicherlich für viele Menschen in diesem Land das Erschütternde ist: Während die Araber von allen Steuern befreit sind, keine

**Dr. Ettmayer**

Vermögensteuer zahlen müssen, keine Einkommensteuer zahlen müssen, keine Kapitalertragsteuer zahlen müssen, haben sich die österreichischen Steuerlasten in den letzten Jahren ganz gigantisch erhöht. Durch die Erhöhung der Steuern zu Beginn dieses Jahres, durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, durch die Erhöhung der Preise sind es vor allem die Empfänger der kleinen und mittleren Einkommen, die heute für Ihre Prestigeprojekte, für Ihre Verschwendungsprojekte zahlen müssen.

Ich darf einige Zahlen nennen. Die kalte Lohnsteuerprogression beträgt im heurigen Jahr bereits 13,5 Milliarden Schilling. Das heißt, meine Damen und Herren, wäre der Lohnsteuertarif seit 1976 nur dem Ausmaß der Inflation angepaßt worden, dann müßten die Österreicherinnen und Österreicher heuer um 13,5 Milliarden Schilling weniger Steuer zahlen.

Der Finanzminister weiß besser als ich, in welchem Ausmaß die Lohnsteuer steigt beziehungsweise welche Opfer gerade von den Beziehern kleinerer Einkommen verlangt werden. Wenn heute ein Arbeiter oder ein Angestellter, der 7000 S verdient, eine Lohnhöhung um 5 Prozent erhält, dann steigt die Lohnsteuer nicht um 5 Prozent, auch nicht um 10 Prozent, sondern um 20 Prozent. Bei einer fünfprozentigen Erhöhung eines Gehalts von 14 000 S, steigt die Steuer um 9 Prozent. Ich glaube, hier sieht man, wie stark der Steuerdruck ist, und hier sieht man auch, Herr Finanzminister, wie notwendig eine entlastende Steuerreform wäre.

Wir können heute feststellen, daß es bereits zu Realeinkommensverlusten gekommen ist. Wenn man ein Durchschnittseinkommen des Jahres 1976 mit einem heutigen Durchschnittseinkommen von 15 450 S vergleicht, dann ist die Kaufkraft bei dem heutigen Durchschnittseinkommen um 500 S geringer. Warum, meine Damen und Herren? — Weil die Belastung damals 20 Prozent ausgemacht hat und heute 35 Prozent beträgt.

Ich könnte diese Beispiele beliebig fortsetzen. In welchem Ausmaß sind die Sozialversicherungsbeiträge gestiegen? Heute müssen etwa bei einem Einkommen von 21 000 S über 7 000 S an Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen gezahlt werden. Das Mehrwersteueraufkommen ist von 1971 bis 1983 um über 545 Prozent gestiegen. Meine Damen und Herren! Da wollen Sie sagen, die Bevölkerung soll es hinnehmen, daß Prestigeprojekte, Ver-

schwendungsprojekte wie das Konferenzzentrum gebaut werden?

Ich glaube daher, meine Damen und Herren, daß dieses Konferenzzentrum ein Symbol dafür ist, daß Sie den Staat überfordert haben, daß Sie den österreichischen Steuerzahler überfordert haben. Sie haben sogar in Kauf genommen, daß der Lebensstandard in Österreich durch die Belastungen zurückgeht, und Sie haben in Kauf genommen, daß österreichisches Geld für sinnlose Zwecke ins Ausland geht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Konferenzzentrum ist — das ist vielleicht abschließend das wichtigste Argument, meine Damen und Herren — ein Symbol dafür, daß Sie die demokratische Institution des Volksbegehrens mißachtet haben. Sie haben sich über den Willen von 1 362 562 Österreicherinnen und Österreichern hinweggesetzt; Österreicherinnen und Österreichern, die mit uns der Meinung sind, daß wir ein schönes Konferenzzentrum in der Hofburg haben und deshalb kein neues brauchen, die mit uns der Meinung sind, daß eine Entlastung der Wirtschaft, eine Entlastung des Konsumenten wichtiger ist als weitere Verschwendungen und weitere Prestigeprojekte, und die mit uns der Meinung sind, daß dieses Konferenzzentrum ein Symbol für die verfehlte Politik der letzten Jahre ist. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.57

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Ausschußobmann ein Schlußwort? — Dies ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 320 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit auch in dritter Lesung angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

4624

Nationalrat XVI. GP — 54. Sitzung — 28. Juni 1984

---

**Präsident Mag. Minkowitsch**

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 105/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 843/J bis 850/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Donnerstag, den 28. Juni

1984, um 12 Uhr ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 11 Uhr 58 Minuten**